

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dractionsschrift
Tageblatt Riesa.
Gemeinde Nr. 20.
Postleitzahl Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliches bestimmtes Blatt.

Poststedtortext:
Dresden 1880.
Postleitzahl:
Riesa Nr. 52.

Nr. 223.

Donnerstag, 24. September 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufstellgebühr. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wöhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Seite (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Kolumnenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Tägliche Unterstützungsbeiträge bewilligt. Wer der Besitzer einer Zeitung oder auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rota tionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rota tionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Genfer Debatte über die Wirtschaftskrise.

**Der französische Finanzminister Flandin zum internationalen Finanzproblem.
England fordert Revision der Reparationen.**

* Genl. Der französische Finanzminister Flandin nahm am Mittwoch im Wirtschaftsausschuss der Börsenbundversammlung in einer größeren Sitzung zum internationalen Finanzproblem Stellung. Er führte u. a. aus, die internationale Krise sei in ihrer gegenwärtigen Schärfe und Ausdehnung in der vorjährigen Volksversammlung noch nicht vorher zu sehen gewesen. Seit dem Zusammentreffen der diesjährigen Börsenbundversammlung sei eines der mächtigsten und reichsten Länder der Welt von der Krise erschüttert worden. Er habe jedoch volles Vertrauen, dass dieses Land die Krise überwinden werde. Wichtig sei es, jetzt klar zu sehen, dass gesetztes Wirtschaftssystem der Nachkriegszeit sei auf Ehrlichkeit und Demagogie aufgebaut. Die Inflation der Haushalte und der einzelnen Individuen seien ins Übermaß gewachsen und auch die Erzeugung sei bis ins Übermaß gestiegen worden. Die Staatsausgaben einzelner Länder seien verdreifacht und vervierfacht worden. Als kein Geld mehr vorhanden gewesen sei, habe man Hypotheken für die Zukunft angenommen. Kredite seien in einem Ausmaß aufgenommen worden, die in keiner Weise mit den tatsächlichen Interessen und Bedürfnissen in Einklang gestanden haben. Niemals sei soviel von der Notwendigkeit der Solidarität zwischen den Regierungen und Völkern geredet worden, niemals seien jedoch auch in einer Krise so egoistisch die Übungen unabhängig von dem Wohlergehen der anderen gesucht worden. „Wenn von Sicherheit geredet wurde, so dachte jeder nur an sich, wenn von Abrüstung geredet wurde, so dachte jeder nur an die anderen.“ Es habe die Auffassung bestanden, dass ein Verschwinden der internationalen Schulden und der Reparationen eine wesentliche Erleichterung der internationalen Lage herbeiführen würde. Er glaube nicht daran; der Vertreter der Basler Sachverständigen zeige vielmehr, dass die Krise in Deutschland ihre Ursache nicht in den Reparationszahlungen, sondern in der plötzlichen Zurückziehung der kurzfristigen Kredite habe. Es sei behauptet worden, dass die plötzliche Zurückziehung der kurzfristigen Kredite ungerechtfertigt gewesen sei, da die Anleihegeber mit der Anlage dieser Kredite auf lange Sicht hätten rechnen müssen. Diese Aussage sei vollständig falsch. Man könne unmöglich den Wanften, die kurzfristige Kredite gegeben hätten, Vorwürfe wegen der Zurückziehung der Kredite machen, wenn sie die Kredite selbst benötigten. Es sei durchaus legitim anzunehmen, dass die Aufhebung der Reparationszahlungen zu einer Gelösung führen würde. Es sei höchst fraglich, ob durch eine disziplinierte Finanzierung eine Rückkehr der zurückgezogenen Kapitalien erfolgen werde. Nach seiner Auffassung werde jedoch die Rückkehr der Kapitalien erst stattfinden, wenn eine allgemeine Befriedigung auf allen Gebieten eingetreten sei.

Flandin befürchte sich sodann eingehend mit dem internationalen Goldproblem. Er verteidigte hierbei energisch die französische Regierung gegen die vielfach erhobenen Vorwürfe, unberechtigt Goldvorräte angehäuft zu haben. Es treffe durchaus zu, dass gegenwärtig die Vereinigten Staaten über 40 v. H. und Frankreich über 20 v. H. des Goldvorrates der ganzen Welt verfügen. Völlig unzutreffend sei es, als ob Frankreich bewusst die Goldfonds angesammelt hätte. Ebenso unwahr sei, dass die Goldanhäufung in Frankreich auf den deutschen Reparationszahlungen beruhe. Die starke Anhäufung von Goldvorräten sei nur der Ausdruck des allgemeinen Vertrauens, dass Frankreich eingeschlagenen wäre? Tatsächlich seien die Goldvorräte Frankreichs während der ganzen Dauer des Youngplanes weit stärker gestiegen als während der Geltung des Dawes-Plans. Deutschland habe tatsächlich während der Geltung des Youngplanes seine Reparationszahlungen an Frankreich teilweise durch Schleiferungen gedeckt. Die Handelsbilanz Deutschlands gegenüber Frankreich habe sich während der letzten Zeit so günstig für Deutschland entwickelt, dass Deutschland durch den Überdruss seiner Ausfuhr nach Frankreich, seine Reparationszahlungen an Frankreich abdecken können. Es besteht jetzt die Frage, wie man überhaupt zu einer neuen Verteilung der Goldvorräte gelangen könnte. Es wäre doch unmöglich, auf der Grundlage des Golbes zu einem verstärkten Notenumlauf zu schreiten, da dies nur zu einer Vertiefung des Lebensstandards führen würde. Die Bank von Frankreich und die Federal Reserve Bank hätten in der letzten Zeit der Reichsbank und der Bank of England alle nur nötige Hilfe geleistet. Solche Kreditoperationen seien jedoch unmöglich vorzusehen, insbesondere nicht in Zeiten, in denen eine allgemeine Vertrauenskrise herrsche. Die gegenwärtige Krise könne daher nur durch die Schaffung des allgemeinen Vertrauens überwunden werden. Frankreich werde auch weiterhin helfen und seine Pflicht tun. Die Schuldnerländer könnten unmöglich die Gläubigerländer zu größeren Krediten veranlassen, wenn bei diesen selbst die notwendige Atmosphäre des Vertrauens fehle. Unmöglich sei es, dass die Staatsangehörigen des einen Landes den Staatsangehörigen des anderen Landes größere Kredite einräumen, wenn im Innern des kreditsuchenden Landes die notwendigen Voraussetzungen

für die Aufnahme einer Anleihe fehlten. Ebenso sei es unmöglich, auf der einen Seite Kredite zu verlangen, auf der anderen Seite jedoch die Ausfuhr aus den Ländern zu beschränken, von denen man Kredite fordere.

England gegen Flandin.

* Genl. Im scharfen Gegensatz zum französischen Finanzminister stellte der Vertreter der englischen Regierung, Sir Arthur Salter, im Wirtschaftsausschuss des Börsenbundes in einer großangelegten Rede das Reparationsproblem in den Mittelpunkt der gesamten internationalen Finanzkrise und betonte, dass die heutige Krise im wesentlichen auf dem fehlenden Gleichgewicht der Zahlungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern beruhe. Die Schuldnerländer seien durch die politischen Schuldenabkommen gezwungen, ihre Ausfuhr mit allen Mitteln zu erhöhen. Salter berichtete weiter über die gegenwärtige Finanzlage Englands und betonte, dass England nach wie vor in dem bisherigen Laufe der Geschichte ein Hauptcredithaber bleibe, da die Einkünfte Englands weit größer seien als seine Verpflichtungen. Die heutige Krise beruhe zum grössten Teil darauf, dass die Reparationszahlungen ohne produktive Gegenleistungen erfolgten. Der Preissturz habe die Reparationslasten noch weiter erhöht. Bei der Regelung der Reparationen hätte der Grundsatz des Preisniveaus mit berücksichtigt werden müssen. Die Politik der kurzfristigen Anleihen sei außerordentlich gefährlich, da die Kredite teils dann zurückgezogen würden, wenn man sie am meisten benötige. Das Gold habe, statt in normaler Weise regulierend zu wirken, in der letzten Zeit durch die außerordentliche Anhäufung an einzelnen Stellen gesetzliche Wirkungen ausgeübt. Salter forderte sodann mit großem Nachdruck vorläufige Hilfsmahnahmen zur Überwindung der Krise durch Herabsetzung der Reparationen und der internationalen Zahlungen und durch sofortige Prüfung der Lage, die nach Ablauf des Hoover-Moratoriums eintreten würde. Salter verlangte ferner, dass neue Bedingungen für eine neue Anleihopolitik geschaffen würden und stellte sich rücksichtlos auf den Boden des Basler Sachverständigenrates. Die Reparationsfrage müsse neu geregelt werden. Die den Gläubigerländern zur Verfügung stehenden Mittel müssten als Garantien für den Schuldnerländer zu gewährende Kredite verwendet werden. Über die Schwierigkeiten eines solchen Planes sei er sich im klaren. Neue Direktiven für die nach dem Ablauf des Moratoriums eintretende Lage, neue politische Direktiven für die Zusammenarbeit der Großmächte auf der Grundlage des Börsenbundspaktes und des Kellogg-Paktes seien notwendig. Der Börsenbund müsse in die Aktion zur Überwindung der Finanzkrise mit eingehalten werden.

Sir Arthur Salter wies weiter darauf hin, dass gegenwärtig das System der Goldwährung nicht mehr funktionsbereit sei. Wediglich ein Fünftel der Goldvorräte der ganzen Welt seien im Besitz der Schuldnerländer, während vier Fünftel sich in den Händen der Gläubigerländer befinden. Sir Arthur Salter hob dann folgende sechs bemerkenswerte Punkte zur Überwindung der Finanzkrise hervor:

1. Die Aufrechterhaltung der bisherigen Schuldensregelung müsse zu einem Sinken der Lebenshaltung und damit zu einer weiteren Senkung der Preise führen. Selbst eine sofortige Senkung der Hollomanen würde sich nicht in einer sofortigen Überwindung der Krise auswirken können.
2. Empfahl Salter, die Notenabgabe der Staaten bis zu der gesetzlich zulässigen Grenze zu steigern. Eine derartige Maßnahme könnte eine Wendung der gegenwärtigen Krise herbeiführen.
3. Die politische Verschuldung umfasste gegenwärtig ein Fünftel der gesamten internationalen Verschuldung, welche jedoch einen wesentlichen Faktor des gesamten Zahlungsgleichgewichtes darstellt. Eine Verlängerung des bisherigen Moratoriums sei daher zu erwarten.
4. Die Krise der kurzfristigen Kredite sei zeitweilig durch die Stillhalteabkommen für Deutschland zum Stillstand gekommen. Diese Maßnahmen müssten jedoch weiter ausgedehnt und verlängert werden.
5. Die Vergabe neuer langfristiger Kredite sei unbedingt erforderlich. Die Voransetzung hierfür sei jedoch eine Stärkung des internationalen Vertrauens. Ein Ausbau der großen politischen Pakte durch Anpassung des Börsenbundspaktes an den Kellogg-Pakt würde wesentlich zu einer Stärkung des Vertrauens beitragen.
6. Die private Kreditgewährung könne durch Garantien der Regierungen die bisher fehlende Sicherung erhöhen und würde damit wieder neu belebt werden.

Sir Arthur Salter schlug sodann vor, dass die Börsenbundversammlung in einer großen Entscheidung auf die Notwendigkeit einer neuen politischen und finanziellen

Orientierung hinweisen und die Führung hierin übernehmen müsse. Der Rat müsse ferner in die Lage versetzt werden, bei finanziellen Hilfesuchen der Staaten unverzüglich einzuschreiten. Sir Arthur Salter schloss mit dem Hinweis, dass die gegenwärtige internationale Krise nicht eine Krise der Armut, sondern eine Krise des Überflusses sei und daher mit natürlichen Mitteln überwunden werden könne.

Der französische Finanzminister Flandin ergriß sodann zum zweiten Male das Wort zu einer Erwiderung, in der er sich in den Hauptpunkten im scharfen Gegensatz zu den von Sir Arthur Salter vertretenen Auffassung stellte. Er erklärte, es sei unbedingt notwendig, die psychologischen Momente für die Wiederherstellung des Vertrauens und die Wiederherstellung des Zahlungsgleichgewichtes weit stärker als bisher zu betonen. Er glaubte nicht, dass die von Salter geforderte Angleichung des Börsenbundspaktes an den Kellogg-Pakt wesentlich zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen werde.erner wandte er sich energisch gegen die von Salter empfohlene Erhöhung der notwendigen Ausgaben der Staaten bis zur gesetzlich zulässigen Grenze und bezeichnete derartige inflationistische Tendenzen als äußerst gefährlich und schädlich.

Die Aussprache wurde hierauf geschlossen.

Berliner Blätter zur Flandin-Rede.

* Berlin. Die Berliner Blätter bringen allgemein ihre Enttäuschung über die Rede des französischen Finanzministers Flandin im Wirtschaftsausschuss des Börsenbundes zum Ausdruck.

Die „Germania“ stellt die Frage, ob Flandin vergessen habe, dass Länder wie Deutschland weitgehend gezwungen gewesen seien, vermittelst vereinfachter Produktionsbedingungen ihren Export zu forcieren und durch das Einführung von ausländischen Anleihen den Wirtschaftsförderer einigermaßen lebensfähig zu erhalten. Man hätte erwarten dürfen, dass der Sohn aus Paris nach Genf zurückgekehrt sei und seinen intimen Kenntnis der französischen Finanzvorgänge andere Konsequenzen gezeigt hätte als diejenigen, die er dem Wirtschaftsausschuss des Börsenbundes unterbreitete. Man habe geglaubt, dass er am Vorabend der Berliner Reise positive Ankündigungen über die Bereitschaft Frankreichs zur Mitarbeit zu machen hätte. — Der „Berliner Börsen-Karier“ sagt, wenn der französische Finanzminister es noch immer verneine, dass die Beseitigung der Kriegsschulden eine Erleichterung der internationalen Lage herbeiführen würde, so beweise er damit nur, dass ihm das Urteil der gesamten nichtfranzösischen Welt gleichgültig und er selbst nicht geneigt sei, aus den nur deutlich sprechenden Tatsachen auch nur das geringste zu lernen. — Die „Börsenzeitung“ hebt hervor, wenn der französische Minister sage, der Verlust der Sachverständigen zeige, dass die Krise in Deutschland ihre Ursache nicht in den Reparationszahlungen, sondern in der Zurückziehung der kurzfristigen Kredite habe, so geige das, dass er die Lage Deutschlands nicht ver stehen wolle. — Die „D.A.Z.“ hebt als Wesentliche der Rede Flandins hervor, dass entsprechend der bekannten französischen Politik jede Hilfe in der finanziellen Abhängig gemacht werde von der Sicherung des Friedens, das heißt dem politischen Moratorium, dem finanziellen Kontrollfordern und andeutungsweise hinzugefügten werden seien. — Der „Volksanzeiger“ schreibt, wenn Flandin so viel von der Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens spreche, so dürfe er nicht vergessen, dass dies nur dann eintreten könne, wenn man einem Lande nicht Tribute zumute, die es einfach nicht tragen könne und die immer wieder den ganzen Geld- und Kapitalmarkt tören oder gefährden müssten. — Die „Deutsche Tageszeitung“ kommt zu dem Schluss, dass nicht deutlicher habe gelagert werden können, dass von dem Berliner Besuch des französischen Minister außer einigen begütigenden Phrasen nichts zu erwarten sei.

Die englische Presse zur Gründung der Londoner Börse.

* London. Die Morgenpost befürchtet ihre Bekämpfung über den erfolgreichen Ausgang des Magnates, den Verlehr an der Börse gekennzeichneten ohne jede Einschränkung wieder aufzunehmen. „Financial News“ erklärt zusammenfassend: Erstens hat der kleine Kapitalanleger keineswegs Unruhe gezeigt, sondern im Gegenteil volles Vertrauen zum Kredit des Landes bezeugt, zweitens war die Verkaufslust, die von seitens auswärtiger Banken erwartet wurde, nicht dringend genug, um diese zu veranlassen, den mit einer solchen Operation verbundenen Verlust einzunehmen. Der Gang der gestrigen Geschäfte hat den Markt überrascht.

Schlechte Tage der Zahlungsfähigkeit bekommen sei und bei dem zum zweiten nicht weniger als 60, in der Regel über 60 Prozent Vergleichssumme angeboten würden. Außerdem müsste die angebotene Vergleichssumme unbedingt gestrichen sein. Der Einhaber verfügt sich von einer solchen Einstellung der Gläubiger den Erfolg, daß zahlungsunfähige Firmen zur Abwendung des auch ihnen unerwünschten Konkurses viel früher an ihre Gläubiger treten, als wenn sie glauben, daß höchstens noch 30 Prozent zu erreichen seien. Die Industrie- und Handelskammer hat sich mit den Ausführungen allerdings nicht in vollem Umfang einig erklärt.

* Seehausen. Verkehrsunfall. Vor der Staatsstraße zwischen Weidehäusern und Seehäuschen fuhr gestern nachmittag ein mit mehreren Personen besetztes Auto gegen einen Straßenbaum und wurde sodann in den Graben geschleudert. Fahrer befand sich nicht von dort abgeschleppt werden. Die Insassen kamen glücklicherweise ohne Verletzungen davon.

Bens. Die Kirche zu Bens hat im Jahre 1858 eine durchgreifende Renovierung ihrer inneren Gestaltung erfahren und ganz neue Kultgegenstände wie Altar und Kanzel erhalten. Leider waren diese letzteren nicht so, daß man sie bei der Erneuerung im vorigen Jahre hätte an ihrer Stelle lassen können. Nur ein Kultgerät, das 1858 in die Kirche kam, hat man stehen lassen können, damit es auch in der neuen Kirche keinen lorenvollen Dienst weiter tue. Das ist die Orgel, von der alten Kirche schließlich in Dresden gebaut. Sie feiert nun heuer ihr 75-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß soll am kommenden Sonntag nachmittags 2 Uhr in der Kirche eine musikalische Feierstunde stattfinden.

Maltwitz. Zusammenfassung der Milchherren. Am Sonntag nachmittag fand im Gaffhof zur Krone in Maltwitz eine ausdrückliche Versammlung der Milchherren aus der Gemeinde statt, bei der über das Melchmästerei und damit zusammenhängend über den freiwilligen Zusammenfassung der Milchherren zu einem Landesverein gesprochen wurde. Die Versammlungsteilnehmer sprachen sich aus, um einen freiwilligen Zusammenschluß aus.

Gommewitz. Unterhaltung. Am Sonntag fand hier eine Übung der Feuerwehr statt, die mit einer Übung der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Dahlen verbunden war. Es war angenommen, daß der Ort sich noch nicht auf die Feuerwehr vorbereitet habe. Die Feuerwehr war in 15 Minuten fertig, Wasser an haben. An der Annahme, daß mehrere schwere Verwundungen von Kindern vorlagen, wie sie durch Tropenkrankheiten, Schlag und Brand entstehen können, wurde die Sanitätskolonne Dahlen anrufen, die um 8 Uhr mit 4 Fahrzeugen, 8 Helferinnen und 16 Männern im Auto herbeieilte und 12 verwundete Kinder barg und verband. Amel Straßen wurden mit Hilfe eines Seiles aus dem ersten Stock von der Feuerwehr "Rote Flotte" zur Verbandskette eingerichtet. Dort fand auch die Beiseitung statt.

* Gröditzburg. Kirchenkunst. Die Kirchenkunst hat bereits eingefallen. Am Karfreitag kann man etwas im Gröditzburg den Friedhof des Königs der bündischen Wölfe hören. So bietet sich nahe der Großkraft die Möglichkeit, ein Stück immer festener werdennden Naturlebens zu beobachten. Rings um Gröditzburg steht noch eine Anzahl von Kirchen, so daß man das Schreien, die "Kirchhöfe", mitten im Dorf hören kann.

Dresden. Feindnommenen Geißler. Am 21. September wurde, wie bereits berichtet, eine Vermieterin in ihrer Wohnung, Kleine Planenstraße, von einem unbekannten überfallen. Der Täter ging sofort gewalttätig gegen die Frau vor und verlangte von ihr Geld. Gleichtat bestrafte ihn sie mit einem Messer. Er trug bei der Ausführung der Tat ein weißes Tuch vor dem Gesicht. Der Frau gelang es aber, sich mit einem Unterkoffer anzuhalten und mit Hilfe anzuheben. Daraufhin ergriff der Täter die Flucht. Von der Kriminalpolizei wurden bereits am anderen Tage der 19-jährige landwirtschaftliche Gehilfe Helmut Dahn und der gleichaltrige Arbeiter Max Thomas von hier als Täter ermittelt und festgenommen. Beide sind geständig. Sie werden der Staatsanwaltschaft ausgeführt.

* Dresden. Das Schauwerk der Internationalen Hygiene-Ausstellung wird ausnahmsweise für den öffentlichen Besuch noch bis einschließlich Sonntag, den 27. September 1931, offen gehalten. Es ist täglich von 9-18 Uhr geöffnet. Für fachgemäße Führung innerhalb des Vergnügungsgebäudes führt nur Berührung.

* Dresden. Selbstmord einer Dresdnerin bei Vielesfeld. Wie aus Vielesfeld gemeldet wird, verlor in einem Wald bei Vielesfeld ein 22 Jahre alter Fräulein aus Dresden, das Hilde Winkler beißen soll, auf furchtbare Weise Selbstmord. Sie wurde mit schweren Verbrennungen am ganzen Körper und mit völlig verbrannten Kleidern hilflos aufgefunden. Sie wurde sofort dem Krankenhaus ausgeführt, wo sie zunächst angeblich, daß Opfer eines Überfalls zu sein. Ein Mann habe ihr beim Villenbesuch die Kleidung mit Benzin übergossen und dann angezündet. Auf Vorhalt der Kriminalpolizei, die sofort die Untersuchung des Falles eingeleitet hatte, gab das Fräulein später zu, daß es die Tat selbst verübt habe. Die Überraschung ist inzwischen ihren Verlegungen erlegen. Der Grund zur Tat sollen Streitigkeiten mit Familienangehörigen über die Bugehörigkeit der aus dem Leben geschiedenen einer religiösen Gemeinschaft bilden.

* Dresden. 23. Schaukartenabreihen gestoppt. Am Nachmittag zum Mittwoch wurde von Straßenpavillons beobachtet, daß auf der Schön- und der Wettinerstraße ein Mann mit einem Hammer Schaukarten abreihten. Man brachte ihn nach der Polizeiwache, von wo er jedoch, da er den Einbruch eines Schuhgeschäfts machte, dem Stadtfrankenshaus Löbtauer Straße aufgeführt wurde. Seine Verdonien konnten noch nicht genau festgestellt werden. Er hat insgesamt 28 Schaukartenabreihen gestoppt.

* Dresden. Johnson legt Berufung ein. Ministerialrat Johnson vom Sächsischen Justizministerium, der von der Disziplinarcommission zur Dienstentlassung und Entzug der Kosten des Verfahrens verurteilt worden war, hat gegen das Urteil Berufung eingelegt, sobald sich der Sächsische Disziplinarhof noch einmal mit der Angelegenheit zu befassen habe.

* Dresden. Versteigerung der Lunapark-Grundstücke. Die Grundstücke des Leipziger Lunaparks, die der Waren-Borsig'sche Grundstücke G.m.b.H. gehören, standen am Mittwoch vor dem Amtsgericht Leipzig zur Zwangsversteigerung. Das Höchstgebot wurde von der Leipziger Immobilienfirma, Bank für Grundstücks, abgegeben, und zwar in Höhe von 320000 RM. Der Anschlag soll am 29. September erteilt werden.

* Dresden. Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons 70 Jahre alt. Heute, am 24. September, kann der Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Walter Simons in Berlin seinen 70. Geburtstag feiern. Wie man weiß, mußte der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons von seinem Amt noch vor Erreichung des Altersgrenzen zurücktreten, weil die preußische Regierung in einer staatsrechtlichen Angelegenheit eine von ihm selbst angestrahlte Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht abgewarzt, sondern die Angelegenheit noch vor der Entscheidung in einem ihr richtig erscheinenden Sinne geregelt hatte. Dedermann bedauerte tiefe Rücksicht dieses Präsidenten.

* Leipzig. Was wird mit dem Untermieter einer freiberuhenden Wohnung? Die Siedlerverbände hatten in letzter Sitzung vom 1. Juli beschlossen, eine Gabe dem Rat für Bebauung zu übertragen, in der es u. a. hieß, daß Wohnungswirt die Wohnungsbewohner, die infolge Wegfalls des Haushalters in den Untermieterkästen auszubleiben, in der bürgerlichen Wohnung belassen, sofern dieser Untermieter innerhalb der nächsten sechs Monate wohnungsberechtigt werden oder Billigleitungsgrinde wie wirtschaftliche Notlage u. a. vorliegen. Darauf teilte der Rat den Stadtberordneten mit, daß Anwendung dadurch erlangt sei, daß künftig von dem Erlös einer Wiederaufbauförderung abzusehen ist, wenn der auszubliebende Untermieter innerhalb sechs Monaten vorzeitig wohnungsberechtigt wird. In Fällen, in denen durch Einschreben des Verfahrens dieser Zeitpunkt erreicht werden sollte, könne jedoch dieses Entgegenkommen nicht gezeigt werden.

* Leipzig. Die Auswirkungen der Notverordnung. Die neue sächsische Notverordnung enthält unter anderem auch die Bestimmung, daß nur in Gemeinden mit mehr als 1500 Einwohnern berufsmäßige Bürgermeister ernannt werden dürfen. Am Beispiel der Amtshauptmannschaft Leipzig werden von insgesamt rund 40 Gemeinden mit weniger als 1500 Einwohnern rund 20, also die Hälfte, von berufsmäßigen Bürgermeistern verwalten. Es erhebt sich die Frage, wie diese Gemeinden nun mit den bestimmmungen der Notverordnung auseinander zu halten sind.

* Gräfenhain. Streit in der neuerrichteten Schuhfabrik.

Die ganze Belegschaft des erst kürzlich neuerrichteten Betriebes der Schuhfabrik J. Gerichtshof ist in den Ausstand getreten.

* Chemnitz. Verbrechen oder Doppelbelästigung? Zu dem tödlichen Verhängnis fand der Überlingerwald teil das Volksschulden Chemnitz mit, daß es nunmehr gelungen ist, auch die Reiche des zweiten Vermögens, des 26 Jahre alten Drehers Schäfer, im Steinbruchstisch aufzufinden. Die Polizei glaubt nicht, daß zwischen Vornamen und Schäfer ein Kontakt stattgefunden hat. Der Vorfall bleibt noch immer in Dunkel gehüllt.

* Hartmannsdorf. Todessturz mit dem Motorrad. Dienstagabend kam hier die Polizei aus Chemnitz mit, daß es nunmehr gelungen ist, auch die Reiche des zweiten Vermögens, des 26 Jahre alten Drehers Schäfer, im Steinbruchstisch aufzufinden. Die Polizei glaubt nicht, daß zwischen Vornamen und Schäfer ein Kontakt stattgefunden hat. Der Vorfall bleibt noch immer in Dunkel gehüllt.

* Annaberg. Winter-Saison. Am Freitagabend herrschte gestern nacht bis 500 Meter Seehöhe hierauf Frost. In den höheren Lagen trat abermals Schneefall ein. Auf dem Ritterberg ist die Schneedecke auf 16 cm angewachsen.

* Gaisberg. Ein Todesfall. Wie berichteten von einem Verkehrsunfall in der Gaisfelder Straße, wo der Schneidermeister Emanuel Gemeinhart von einem Auto überfahren und getötet worden war, während der Autofahrer, ohne sich um sein Opfer zu kümmern, davonfuhr. Der rücksichtlose Autist wurde inzwischen ermittelt.

* Schwarzenberg. Ein Todesfall. Ein junger Mann war ohne Führerschein gefahren und wurde nach der Übernahme eines Gefährtens eingeklemmt.

* Schwarzenberg. Ein Todesfall einer Liebestragödie. Am Dienstagnachmittag erstickte im Stadtwald "Hohe Henné" der 20 Jahre alte arbeitslose Schlosser Herbert Müller die Haustochter Krebs aus Weißfeld, mit der er eine Liebesgeschichte hatte. Nach der Tat verlor Müller Selbstmord.

* Weizenfeld. Knoblauchsalat als orientalisches Wundermittel. Ein Heilmittelreisender offerierte einer ausgewanderten Frau ein "orientalisches Wundermittel", dessen Heilkraft so groß sein sollte, daß zwei Fleischstücke abgenommen und wieder gesund zu machen. Die Patientin identifizierte den Angreifer des kleinen Glaubens und bestellte das Medikament, für das sie 24 Mark bezahlen mußte. Sie mußte jedoch sehr bald feststellen, daß sie ein Schwindsünder in die Hände gefallen war. Das orientalische Wundermittel bestand in gewöhnlichem Knoblauch- und Meerrettichsalat. Der Betrüger wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Ein Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

* Weizenfeld. Hausbesitzer verzichtet auf sein Haus, weil mehr Steuern an zahlen als es gibt. Das Amtsgericht Weizenfeld gibt bekannt, daß ein Hausbesitzer zu Gunsten der Stadt Weizenfeld auf sein Haus verzichtet habe, unter der Voraussetzung, daß die Stadt ihm dagegen die bisher aufgelaufenen Steuern erlaube. Der Besitzer werde ausgewichen, weil das Haus mehr Kosten an Steuern verursache, als Werte eingeinge. Das Amtsgericht bringt das Haus jetzt zur Zwangsversteigerung.

lichen Vorberordnung vorgelebten Verhandlung den Kreischaupräfektur Bauzen mit der Kreischaupräfektur Stadt Dresden. In einer vom Stadtrat verabschiedeten Erklärung wird mit Bedauern von dieser Maßnahme Kenntnis genommen. Der Stadtrat beschließt, daß die Kosten und Lasten, die der Bevölkerung entstehen, auch nur entfallen mit den Ergebnissen, die von dieser Zusammenlegung für den Stadtbau erwartet werden können.

* Döbeln i. B. In einer Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Döbeln wurde beschlossen, ein Telegramm an die sächsische Regierung zu senden, in welchem unter Hinweis auf die schwierige Lage der Grenzbevölkerung gebeten wird, die in der tatsächlichen Notverordnung angeordnete Auflösung des Amtshauptmannschaft Döbeln nicht durchzuführen.

* Dresden. Der Verband Sächsischer Polizeibeamter e. V. nimmt in einer Bullektiv-Stellung zu den in der Notverordnung der sächsischen Regierung enthaltenen Gebietsflächenmaßnahmen. Solche Maßnahmen müßten an den Grundfesten des Vertrauens zur Regierung ruhen, nachdem auf Regierung und Landtag zu wiederholten Malen die Notwendigkeit einer höheren Bewertung der Polizeibeamten anerkannt und Ausbau statt Umbau der Bußlagen gefordert worden ist.

Bie weit reicht die Sorgfaltspflicht baulich elektrischer Anlagen?

Das Reichsgericht hat vor kurzem (11. 7. 31 — IX 188/31) eine interessante Entscheidung gefällt. Ein Rentkreis, der das Abfallrohr einer Dachrinne freilegte, kam mit dem blanken Drath der benachbarten Hausschläuche in Berührung und schätzte tot von der Leiter. An dem hier anzufindenden Schadensfall hatte das Oberlandesgericht Dresden einen Schadensfall erkannt. Das Reichsgericht bestätigte dies und erkannte die Haftung des Betreibers für die technische Ausführung der Elektrizitätswerke an. Der Betreiber bestreitete, daß das Oberlandesgericht einen Fehler gemacht habe, indem es die Haftung des Betreibers bestätigt habe, obwohl die Haftung des Betreibers für die technische Ausführung der Elektrizitätswerke nach dem Gesetz nicht unbedingt und kann als Haftpflicht angesehen werden, wenn etwas mit der Anlage passiert. Das Sorgfaltspflicht jedes einzelnen obliegt aber aus

Capitol Riesa

Amtliches

Freitag, 25. September, vorm. 9 Uhr, sollen in Röderau, Restaurant Waldschlößchen, 1 elektr. Schanzapparathom mit Radio, nachm. 1 Uhr im Lager Zeithain, Café Fink, 1 Kreissäge mit Bohrmachine, 1 Abricht-Maschine, 1 Bandsäge, 1 Messerschleif, 1 Dichtenbohrmaschine und 2 Elektromotoren mit Vorgelege versteigert werden.

Riesa, 24. 9. 31. Der Gerichtsvollzieher.

Freibank Pausitz.

Morgen Freitag nachm. 2 Uhr frisches Rindfleisch.

Avus-Rennen

Berlin 27. 9. 31.

Zum Mitfahren per Auto bietet sich gewohnte und bequeme Sitzgelegenheit. Sofortige Anfragen erbetet.

Max Kreis, Telefon 367.

Vereinsnachrichten

Bund der Kaufmannsjugend im DÖV. Morgen abend Vortrag im Heim „Gold und Papier“. Gleichzeitig Versprechung des am Sonntag, 27. 9., stattfindenden Geländespells. Alle erscheinen.

Schirme Stöcke, kaufe ein
stets beim Fach-
mann ... Walter **Klein**
Goethestraße, Ecke Durchgang. Reparaturen prompt
in eigener Werkstatt.

Haben Sie solche Preise schon erlebt?

45 Pfennig - Tage

nur bis 1. Oktober 1931

4 außergewöhnliche Serien-Schläger
zu staunend äußerst niedrigen Preisen

Nr. 1 1/4 Pfd. Zucker, 1/4 Pfd. Kakao
zusammen nur 45 Pfg.
Nr. 2 1/4 Pfd. Teegebäck, 1 Tafel Vollmilch,
100 g. zusammen nur 45 Pfg.
Nr. 3 1/4 Pfd. Fruchtwalzen, 1/4 Pfd. Schok.-
Gebäck, 1 Tafel Vollmilchblock, 50 g.
zusammen nur 45 Pfg.
Nr. 4 1/4 Pfd. Erfrischungsbonbons, 1/4 Pfd.
Grembruch, 1 Thl. Vollmilchkeks, 100 g.
zusammen nur 45 Pfg.

Diese denkbar günstige Einkaufsgelegenheit
wird Ihnen nicht bald wieder geboten!

Konfiserien- und Zuckerwarenfabrik H. Deblitz
Verkaufsstelle: Riesa, Hauptstraße 16

Futterschlüpfen

beinahe um die Hälfte.

Rinderschlüpfen mit Seidendecke
große Größen 75 Pfg.
Kleine Damengrößen u. große
Kindergrößen 95 Pfg.
Damen-Schlüpfen mit Seidendecke
in Qualität, in allen Größen
mit unsichtbaren Fehlern, nur
solange Vorrat reicht; Mengen-
abgabe vorbehalten

Sportstrümpfe von 75 Pfg. an
Echt ägypt. Malo-Damenstr. 75 Pfg. an
Kaufan Sie schon heute, es ist zu Ihrem Vorteil!

Chemnitzer Volksstrumpfhaus

Riesa, Hauptstraße 84.

12. Zwingerlotterie

Gesamtgewinn 180000 RM.

Ziehung bestimmt 10. u. 12. Oktober 1931

Lose zu 1 RM bei allen Kollektoren

Polstergarnitur 4-teil.
Steiderfür. 26.—, Kommoden 26.—, Auszisch. u. and.
Tische, Stühle, Wohnmöbel,
Flügelpenderobe, Spiegel,
Sofa, Chaisel, Bettst. m.
Watr. 22.— sowie alle
anderen Möbel billigst.
Möbelhaus Messe
Ratzenstraße 18.

Zur Hochzeit
allen Festen u. Gelegen-
heiten fertigt Reden,
Gedichte, Prologie usw.
schwulst an
Grim-Verlag, Nobelszell
Baden-Baden.

Die heutige Nr. umfasst
10 Seiten.

Hochfeine

Gras-Tafelbutter

vergl. tägl. frisch in Post-
täglich von 9 Uhr, heute
1.05 Uhr je Uhr geg. Nachn.

Fra. F. A. Walter
Butterverf.
Gedekung, Klemmgeb.

Gutes Wiesenheu

Quetschbutter
Häcksel
Maischrot
Gerstenchrot
Roggencremeli
Weizencremeli
Speisekartoffeln
verkauf

zu billigsten Tagespreisen
Ostar-Messe — Riesa —

Heute unwiderruflich zum letzten Mal: **Das Lied ist aus.**
Ab Freitag bis Dienstag, 29. Sept.: An die Reihe der ganz
großen Erfolge schließt sich der kostlichste aller Militärtonfilme:

Ein Militärschwank. Manuskript: Karl Forkas. In den Hauptrollen: Charlotte Ander, Gretl Theimer, Paul Heidemann, Ernst Verebes. — Eine wahrhaft königliche Gabe in dieser Zeit der Trübsal und Bedrängnis. Eine Patentmedizin gegen alle Sorgen.

Wenn die Soldaten ...

Damenwäsche

Welches Wäschefabrikat (Weißnäherei) fertigt in eigener
Werkstatt Damenwäsche an. Offerten unter D. O. 3634a
an das Tageblatt Riesa.

Pianos

erster Firmen, preiswert
solld, stets vorrätig.
Bitte um Besichtigung
ohne Kaufzwang.
Niedrige Preise. Einige
gebr. Instrumente billig.

Pianohaus

E. Fritzsche, Riesa,
Hauptstr. 49, Tel. 686.

Trinke täglich

Vitamin-Kraftborn

das echte Weizenmalzbiert
und Du bleibst gesund.

Zu bez. b. Fa. Richard
Schwade, Exportbierhaus
Riesa, Fernruf 49.

Jed. Freitag u. Sonnabend

la marin. Heringe

nach Hausmacherart.

Arthur Felix Riesche

Inh. E. Schürmann

— Hauptstraße 83. —

Jed. Freitag u. Sonnabend

Rebhühner

geschnitten

reihenweise

in grünen Grüns

und grünen Grüns

empfiehlt

Carl Alzner, Gröba.

Die leichten billigen

Kuchenpflaumen

5 Pfund nur 1.— M.

heileige Einfach-Pfirsiche

4 Pfid. nur 95 Pfg. empf.

Zieger, Bahnhofstr. 20.

Jed. Freitag

Schläflefest.

9 Uhr Wellfleisch

später fr. Wurst.

Weber, Poppitz.

Jed. Freitag

Schläflefest.

1/9 Uhr Wellfleisch

später fr. Wurst.

Emil Rösler

— Bismarckstraße 11.

Jed. Freitag

Schläflefest.

1/9 Wellfleisch

Otto Neudel

Mundteil 11.

Jed. Freitag

Schläflefest.

Mr. Knöfel, Obd. Röderau

Waldschlößchen

Röderau.

Morgen Freitag

Schläflefest.

Brauerei-Restaurant

Röderau.

Morgen Freitag

Schläflefest.

Clemens Bürger.

Jed. Freitag

Dr. Thompson's

Schwan-

Seifenpulver

im roten Paket

nur 25 Pfg

Jed. Freitag

Youngform

gilt gegen

zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche. Seifix Paket 15 Pfg.

Die Welt wartet auf einen Retter.

Die ersten Auswirkungen der Währungskatastrophe in England.

Die diplomatische Welt gesteht jetzt offen ein, daß die Beziehungen der Völker während der letzten Wochen in eine unverkennbare Stagnation getreten sind. Es wirkt erschütternd, wenn man den trocknen Tatsachenbericht des englischen Schatzkanzlers Snowden über all die Maßnahmen entgegennimmt, die von dem nationalen Konzentrations-Kabinett getroffen wurden, um die Erholung der englischen Währung zu verhindern. Schon am letzten Freitag waren Washington und Paris über die Gefahren unterrichtet worden, die dem Pfund Sterling drohten, aber sowohl die amerikanische wie die französische Regierung begnügte sich mit einer diplomatisch freundlichen Antwort, vertrug sich aber, als es galt mit einer praktischen und durchgreifenden Rettungsmaßnahme einzuspringen. Wieder einmal mehr fragten sich die Engländer, wie wir es in den Krisenzeiten der Nachkriegszeit schon so oft taten, wo ist der Retter? In welchem Volle ist er geboren? Wann wird er sein Rettungswerk beginnen?

Wenn man in diesen Tagen die englische Presse aufmerksam durchliest, wird man nicht nur an die „Abendzeit“ erinnert, man kann mit eigenen Augen sehen, wie das englische Volk heute auf einen Retter wartet. Selbst diplomatisch gebildete Engländer haben die Hoffnung aufgegeben, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise mit den Mitteln behoben werden kann, die in normalen Zeiten den Staatsmännern zur Verfügung stehen und die Beziehungen der Völker und ihrer Wirtschaftsräte regeln. Trotz allem geben die zähen Engländer die Hoffnung nicht auf. Sie schauen nach Washington, Paris und Rom und hoffen, daß der Retter aus dem Kreis unserer Tage aus einer dieser drei Städte kommen wird. Vertrauensvoll blicken sie auch zu ihrem eigenen Führer MacDonald hin, der heute ein Urtheil genießt, wie es in der ganzen Nachkriegszeit kein zweiter englischer Staatsmann behaftet hat.

Niemals ist sich darüber im Irrtum, daß die Aufhebung der Goldwährung und der Übergang zum Papiergeld, der am Montag dieser Woche durch die Erklärungen des englischen Kabinetts und durch die Beschlüsse des Parlaments erfolgte, eine klar überlegte und zielbewußte Aktion der Führer des englischen Volkes darstellt. Hat auch die Wiedereinführung der Goldwährung durch den Schatzkanzler Churchill das weltwirtschaftliche Prestige Englands außerordentlich erhöht, so mußte dieser Preisgegenwart vom englischen Volle doch viel zu teuer bezahlt werden. Die steigende Krise der englischen Wirtschaft, das wachsende Arbeitslosenheer, die sinkende Handelsbilanz, die erschütterte Zahlungsbilanz und der Zusammenbruch des englischen Staatshaushaltes nötigten die volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Theoretiker Englands, genau wie in den Tagen David Ricardo's, zu eingehenden Untersuchungen über das Währungsproblem in England und in der Welt. Das Ergebnis dieser Studien liegt in den leichten Beschlüssen des englischen Kabinetts und Parlaments vor uns.

Das Pfund Sterling war sowohl in der Vorriegszeit wie in der Nachkriegszeit in der ganzen Weltwirtschaft das internationale Tauschmittel, auf dessen Basis der Waren- und Weltverkehr erfolgte. Durch die Wiederherstellung der Goldbasis stellte Winston Churchill das Pfund auf eine feste Unterlage. Diese Unterlage besteht nicht mehr, sie wurde bewußt aufgehoben. Die Folge davon ist, daß das Pfund Sterling sofort im Wert sinken mußte. Dementprechend stiegen gleichzeitig die Warenpreise. Gleich am ersten Tage notierten die wenigen Börsen, die überhaupt den Sterlings-Kurs feststellten, einen Rückgang von 10 bis 20 Prozent. Die Warenbörsen ihrerseits notierten eine Steigerung der Warenpreise um 10 Prozent und mehr. Wir stehen erst am Beginn dieser Entwicklung, die sich ganz folgerichtig weiter entfalten und ausgestalten muß. Die Frage ist nur, bis zu welchem Grade sie ungehemmt fortsetzen wird und ob etwaige Hemmnisse bewußt eingeschaltet und erfolgreich durchgeführt werden können. Vorerst verlautet, daß die englische Regierung beabsichtigt, den Wert des Pfunds um etwa 25 Prozent sinken zu lassen und eine Parität mit dem amerikanischen Dollar auf der Grundlage zu schaffen, daß 4 Dollar = 1 Pfund Sterling sind. In diesem Falle wäre tatsächlich eine Senkung des Pfund-Wertes um rund 20 Prozent erreicht.

Die Pfund-Gläubiger und Pfund-Besitzer in aller Welt wären dann aber um ein Viertel ihres jetzigen Vermögens gebracht. Dabei steht noch nicht fest, ob die Engländer überhaupt zur Goldwährung zurückkehren werden. Wohl wird erklärt, daß die Regierungsmassnahmen vorerst nur ein halbes Jahr in Kraft sein sollen, was dann aber erfolgt, steht dahin. Die Unsicherheit, die dadurch geschafft wurde, berührt unmittelbar die Franzosen und die Amerikaner, die auf ihren riesigen Goldhorten sitzen, denn es ist gar keine Frage, daß diese Horte weitestgehend entwertet werden, sobald England nicht mehr zur Goldwährung zurückkehrt.

Wird das Pfund Sterling nach einigen Schwankungen auf der Basis von 75 Prozent seines Goldwertes, um ein Beispiel herauszutreifen, stabilisiert, so bedeutet die Transaktion des Kabinetts MacDonal für die englische Industrie einen Selbstkostenverzug und eine erhebliche Verbesserung ihrer Lage gegenüber dem bisherigen Zustand. Dadurch wird gleichzeitig die Ausfuhr gefördert, die Handelsbilanz verbessert, die Wirtschaft angefeuert, das Arbeitslosenheer von der Straße weg in steigendem Umfang wiederum in die Fabriken hineingeführt und die Zahlungsbilanz des Landes gehoben. Die volkswirtschaftlichen Theoretiker warten sich nie darüber im Zweifel, daß eine Preisgabe der Goldbasis für das Pfund Sterling diese Wirkungen auslösen müßte. Das nationale Konzentrations-Kabinett aber befürchtet den Mut zur Verantwortung, in denkbare kritische Stunden die Probe auf das Exempel zu machen. Wir stehen erst an einem Anfang.

Das Winterprogramm vor der Vollendung.

am Berlin. Die Regierung bekräftigt, daß jetzt in kleinen Sitzungen mit dem Winterprogramm. Zunächst bestand die Absicht, die Arbeiten noch vor dem französischen Befund als Notverordnung in Kraft zu setzen, heute besticht, wie wir hören, innerhalb der Regierung die Überzeugung vor, daß sich der ganze Fragenkomplex nicht so schnell bewältigen lasse, außerdem soll den Parteien noch in einer Aussprache mit dem Kanzler Gelegenheit geboten werden, zu dem Winterprogramm Stellung zu nehmen. Die Inkraftsetzung ist demnach nicht früher als in den letzten Tagen des September möglich. Da verschiedene Verhandlungen bereits vom 1. Oktober ab gelten sollen, muß dieser Termin eingehalten werden, sei es denn, die Regierung entschließt sich, die Gesamtarbeit in einzelnen Abschritten zu verordnen.

Eine Stiftung von Dr. Robert Bosch.

am Stuttgart. Der Großindustrielle Dr. Robert Bosch hat anlässlich seines 70. Geburtstages der Centralleitung der Wohltätigkeit den Betrag von 200 000 Mark für die wohltätige Rethilfe gestiftet.

Handwerk in bitterer Not!

Eine Entschließung des Mitteldeutschen Handwerkerbundes.

am Naumburg. Der Gesamtvorstand des Mitteldeutschen Handwerkerbundes trat mit den Vorsitzenden der Landesverbände des Bundes, den Vertretern der Handwerkskammern und den Handwerksabgeordneten in Naumburg zu einer aus allen Teilen des Bundesgebietes stark besuchten Tagung zusammen. Die Verhandlungen, in deren Mittelpunkt die mit der Wirtschaftskatastrophe zusammenhängenden Fragen standen, zeigten mit erschütternder Deutlichkeit den ganz unerbittlichen und bitteren Ernst der Lage im Handwerk und Gewerbe. Empörung und Erbitterung kamen über die völlig unzulänglichen Maßnahmen der verantwortlichen Stellen gegenüber den elementaren Existenznotwendigkeiten des gewerblichen Mittelstandes zum Ausdruck und fanden ihren Niederschlag in folgender

Entschließung:

Bitterste Not, dumpfe Verzweiflung und wachsende Erbitterung haben in weitesten Kreisen des Handwerks und Gewerbes ihren Einzug gehalten. Die Katastrophe, die unser Volk und unsere Wirtschaft auswühlt und in ihren Grundfesten auf das stärkste erschüttert, hat die selbständigen Handwerker und Kleinbetriebenden endgültig an den Rand der Existenzvernichtung getrieben. Verzweifelt und mit tiefer Besorgnis um das nahe Schicksal ihrer Betriebe, Angehörigen und Mitarbeiter und um ihre in Jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit aufgebauten Existenz erfüllt, sehen die Männer, die Lebenszweck und -aufgabe in ernster, verantwortungsbewußter Arbeit sehen, vor dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch. Ihr Ende würde das Ende des müden, freien Schaffens in selbstaufrechter Vindu an das Gemeinwohl bedeuten, würde die letzten Reste nationalwirtschaftlicher Kräftevorräte vernichten, auf die der Wiederaufbau der Wirtschaft gestützt werden könnte.

Nicht um ihren selbst, sondern um der Erhaltung deutscher Wirtschaft und deutschen Volksstamms willen fordert das Handwerk mit aller Stärke schnelle und endliche Erfüllung der Forderungen, die die Spartenorganisationen des Handwerks seit Jahren erhoben und in gerechter Beurteilung ihrer Bedeutung für Volk und Wirtschaft auffordern. Befreiung von übermäßigem Steuern und Abgaben, Beseitigung der empörenden Steuerverzugszulage, wirtschaftlich begründetes Entgegenkommen bei der Steuer-

entlastung, Vorrang der Kartellpreise und des Lohnansangs, Beseitigung der Hauszinssteuer, Befreiung des Wohnungs- und Baumarktes von den überholten Bestrebungen der Zwangsökonomie. Aushebung der Regiebetriebe, gesetzliche Bekämpfung der Schwarzarbeit sind Forderungen, denen trotz anerkannter Berechtigung unter völliger Verneinung des gewerblichen Mittelstandes die Erfüllung verweigert blieb. Die schlimmsten Gefahren für wirtschaftliche Zukunft und Unsicherheit, Jahre hindurch experimentiert und gewurstelt worden, kostbare Zeit ist auf unnütze Theorieverspielerei und rücksichtslosen Parteidogmatismus verschwendet. Wir fordern die Tat! Heraus mit einem Wirtschaftsprogramm, das unter Absehung von einsichtiger Beleidigung des Sozialismus und der Großwirtschaft dem Volk die Möglichkeit zur Arbeit wiedergibt und die Bedeutung von Handwerk und Kleinstgewerbe nicht mit Phrasen, sondern durch beweiste Förderung und Beachtung würdigt.

Die Entwicklung hat unsern Warnungen leider nur zu sehr recht gegeben. Wir sind bereit, alles für den allmählichen Wiederaufstieg einzusehen, wenn und der Arbeitsraum wiedergegeben wird, den eine unverhülfliche Wirtschaftspolitik uns entzogen und beschränkt hat. Es ist spät, sehr spät, bald wird es zu spät sein. Der erweiterte Gesamtvorstand des Mitteldeutschen Handwerkerbundes, dem Vertreter aller Handwerksweisen angehören, sieht sich erneut veranlaßt, in aller Deutlichkeit auf die Gefahren hinzuweisen, die ein neues Vertragen unserer Wirtschafts- und Staatsführung heraustrüben würde, und muß die Verantwortung für den offenen Ausbruch der Verzweiflung in Kreisen des Handwerks und Kleinbetriebes schon jetzt ablehnen. Er verzerrt auf die zähe Kraft und Lebensenergie des von ihm vertretenen Verständnisses, muß aber ungeschminkt und in aller Offenlichkeit bekennen, daß die Grenzen der Lebensfähigkeit der Handwerksbetriebe nicht nur erreicht, sondern schon längst überschritten sind.

Im Sinne dieser Entschließung wurden dringende Telegramme an die Spartenorganisation und an die Reichsregierung abgesandt.

Die viertägige Arbeitstagung fand mit einem Appell an das Handwerk, gerade in der Notzeit zusammenzutreffen, und mit einem einmütigen Besenntnis der Treue zur Organisation des Mitteldeutschen Handwerkerbundes ihren Abschluß.

Die Deutsche Volkspartei verlangt Entscheidungen.

Dr. Dingeldey zur Stellung der Volksparteifaktion zum Kabinett Brüning.

Hamburg, 24. September.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die gestrige Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei nahm die Berichte der eingesetzten Sachausschüsse über die Fragen des öffentlichen Haushalts, der Geld- und Währungspolitik, der Hauszinssteuer und des gesamten Lohnwesens entgegen. Das Ergebnis wird für weitere Verhandlungen der Fraktion mit der Reichsregierung und sonstigen politischen Stellen die gegebene Unterlage sein. Auf Grund eines Berichtes des Fraktionsvorsitzenden über seine Verhandlungen mit dem Reichskanzler über die erlassenen und geplanten Maßnahmen der Reichsregierung und über die gesamte politische Lage fand eine eingehende politische Aussprache statt.

Die Fraktion verzeichnet mit großer Sorge und mit lebhaftem Unbehagen, daß die Reichsregierung gegenüber einer mit jedem Tag gesäßlicher werdenden Gesamtlage sich zu durchgreifenden Entscheidungen noch nicht hat entschließen können und daß die bisher veröffentlichten Maßnahmen einen unverkennbar einseitigen Charakter tragen.

Vor Pressvertretern erklärte der Parteiführer Dr. Dingeldey, er verhele nicht, daß man von einem besonderen Vertrauen zur Reichsregierung bei der volksparteilichen Fraktion nicht gerade sprechen könne. Bei ihr herrsche vielmehr der Eindruck vor, daß der entschlossene Wille zur wirklichen Führung, auf den das Volk angesichts der eigenen Unsicherheit den drohenden Gefahren des Winters gegenüber einen Anspruch habe, bis jetzt nicht zu spüren sei.

Die beiden Hauptfragen der Gegenwart seien eine durchgreifende Reform der Hauszinssteuer und eine Auflösung des Zwangssystems in der gesamten Wirtschaft. In diesen

beiden Richtungen lebe die Fraktion bis jetzt keinerlei Anstrengung bei der Reichsregierung. Gegenüber den bisher verkündeten Maßnahmen habe die Fraktion das Gefühl, daß sie nicht lediglich durch fachliche Überlegungen, sondern auch durch Rücksicht auf sozialdemokratische Wünsche dictiert worden seien.

Dingeldey betonte, daß von der Entscheidung der Fraktion die Existenz der deutschen Reichsregierung abhängig sei. Das verpflichtete die Fraktion außerordentlich, verpflichtete sie jedoch auch dazu, alle anderen Möglichkeiten durch unmittelbare Verhandlungen zu erkunden. Daß er, Dingeldey, sich seinerzeit mit Hitler besprochen habe, sei nur eine Selbstverständlichkeit gewesen. Diese Versuche müßten fortgeführt werden mit dem Ziel, nach allen Richtungen hin eine absolute Klärung zu schaffen. Im Augenblick könne er nur sagen, daß der Grundton der gegenwärtigen Einstellung der Fraktion zum Kabinett Brüning äußerste Skepsis sei. In der Frage des Verbleibens des Reichsaufsehens Dr. Curtius im Amt sei die Reichstagsfraktion weder Dr. Curtius noch dem Reichskanzler gegenüber irgendwie aktiv geworden.

Er lehne es ab, irgendwelche Aktionen gegenüber dem Reichskanzler in Angelegenheiten eines Fraktionsmitgliedes zu unternehmen. Auch habe er dem Reichsaufseher minister gegenüber ganz offen seine Meinung über dessen politische Stellung geäußert, aber lediglich mit dem Ziel, daß Dr. Curtius aus dieser Aussprache die Erfüllung seiner Wünsche, die er verantworten zu können glaube. Es ercheine ihm übrigens nicht gerade sehr rühmlich den Initiator der deutsch-österreichischen Zollunion, nachdem sie einen anderen als den erhofften Ausgang genommen habe, zu schmähen. Er nehme an, daß der heutige Empfang des Reichsaufsehers beim Reichspräsidenten eine Klärung bringen werde.

Die Besprechungen über den Konflikt in Ostasien.

Gens. 24. September.

Die gestern abend abgehaltenen vertraulichen Besprechungen der Ratsmitglieder über den chinesisch-japanischen Konflikt haben ein greifbares Ergebnis nicht gebracht.

Von chinesischer Seite wird nach wie vor die sofortige Zurückziehung der japanischen Truppen verlangt, die bei der Gegenseite auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Dagegen hat sich der japanische Vertreter nach langen Drängen der übrigen Ratsmitglieder bereiterklärt seiner Regierung telegraphisch die Zustimmung zur Entsendung einer Kommission eurasischer Beobachter in die Mandchurie vorzuschlagen. Was die besonders heiße Frage der Beteiligung der außerhalb des Völkerbundes stehenden Mächte an der Lösung des gegenwärtigen Konfliktes betrifft, so hat die Regierung der Vereinigten Staaten mittelen lassen, daß sie sich an einer Untersuchung des Sachverhaltes in der Mandchurie im Augenblick nicht beteiligen würde. Dagegen verlautet, daß der Präsident des Völkerbundsrates beabsichtige, heute in irgendeiner Form die Völkerbundsvollversammlung mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

Gens. (Funkspruch.) Der Vorsitzende des Völkerbundsrates teilte in der heutigen Vormittagssitzung der Sitzung mit, daß der Rat in Zusammenarbeit mit den beiden Parteien sich demnach eine Beilegung des Konfliktes herbeiziehen. „Wir hoffen“, so sagte er, „zu einer bestiedigenden Lösung zu gelangen“. Das ist vorläufig alles, was gesagt werden kann, doch hat mich der Rat gebeten, Ihnen möglichst bald eine weitere Mitteilung zu machen.“

Der Präsident Titulescu erklärte hierauf, es sei klar, daß der Konflikt, solange er nicht vor die Versammlung gebracht worden sei, von dieser nicht behandelt werden könne. Aber es genüge nicht, daß der Rat sagt, der Rat müsse in öffentlichen Sitzungen keine Anstrengungen solange fortsetzen, bis eine Lösung gefunden sei. Völkerbundsrat und Völkerbundsvollversammlung dürften nicht aneinandergehen, bevor nicht der Erfolg der Aktion gesichert sei. Die Versammlung müsse ebenfalls Gelegenheit erhalten, ihrem Standpunkt und ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen.

Die Erklärungen des Vorsitzenden und Titulescus wurden von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.

Stimson rät Japan von Gewaltanwendungen in China ab.

Tokio. (Funkspruch.) In einer an das Ministerium des Außenfern gerichteten Denkschrift über die Vorgänge in der Mandchurie erklärt der amerikanische Staatssekretär Stimson, die Vereinigten Staaten wünschten keinesfalls sich in die Angelegenheit Japans einzumischen, aber die gegenwärtige Lage rufe bei den anderen Mächten schwere Bedrohung, rechlicher und anderer Natur hervor. Er rate daher Japan, die Angelegenheit rasch beizulegen und nicht weiter Gewalt anzuwenden.

Wie verlautet, berät das japanische Kabinett gegenwärtig über die Antwort an Stimson.

Beslebung des Adler-Schildes an Dr. Walter Simons.

Glückwunschschriften des Reichspräsidenten.

■ Berlin. Der Herr Reichspräsident hat dem Reichspräsidenten i. R. Prof. Dr. Walter Simons anlässlich seines hundert 70. Geburtstages den Adlerschild des Reiches überreicht und diese Auszeichnung mit folgendem Glückwunschschriften besetzen:

Sehr verehrter Herr Reichspräsident!

Sie vollenden am heutigen Tage das 70. Lebensjahr. Namens des Reiches und im eigenen Namen spreche ich Ihnen hieran die besten Glückwünsche aus. An längstjähriger, ehrlicher Tätigkeit haben Sie in einer Reihe von hohen und verantwortungsvollen Beamtenstellungen, zuletzt als Präsident des Reichsgerichtes, Ihre große Schaffenskraft dem Wohl des Vaterlandes gewidmet. Nach dem Ende meines Amtsvorstandes haben Sie, getragen vom Vertrauen des vom Volke gewählten Reichstages, das höchste Amt des Deutschen Reiches, das des Reichspräsidenten, bis zu meinem Amtsantritt verwaltet. In hervorragendem Maße haben Sie sich der wissenschaftlichen Pflege der internationalen Rechtsbeziehungen gewidmet. Vom sozialen Verantwortungsgefühl durchdrungen haben Sie zur Überwindung der sozialen Nöte dem sozialen Schutzbedürfnis und der verlöhnenden Arbeit der Kirche das Wort gebracht.

Dem Dank und der Anerkennung des Reiches nebe ich am heutigen Tage Ausdruck, indem ich die höchste Ehre, die das Deutsche Reich verleiht, den Adlerschild mit dem Symbol des Reiches, Abzeichen „dem Hohen Richter, dem Förderer des Völkerrechtes“, überreiche.

Mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und ein weiteres segensreiches Schaffen bin ich

Ihr ergebener

ne: von Hindenburg.

Der Adlerschild des Reiches, der die Widmung trägt: „Walter Simons, dem Hohen Richter, dem Förderer des Völkerrechtes, der Reichspräsident zum 24. September 1931“, wurde in persönlichem Auftrage des Reichspräsidenten am gestrigen Vorabend des Geburtstages dem Jubilar in seiner Wohnung durch Staatssekretär Dr. Meinhart überreicht.

Glückwunschschriften des Reichskanzlers
an den Reichspräsidenten i. R. Dr. Simons.

Berlin. (Funkspur.) Reichskanzler Dr. Brüning hat dem Reichspräsidenten i. R. Prof. Dr. Walter Simons zur Vollendung des 70. Lebensjahrs in einem herzlich gehaltenen Schreiben seine und der Reichsregierung aufrichtige Glückwünsche ausgesprochen.

„Deutsche Woche“.

In der Zeit von Mitte September bis Mitte November veranstaltet eine ganze Anzahl deutscher Städte eine sogenannte „Deutsche Woche“, die unter dem Leitwort: „Deutsche Arbeit – deutsche Ware“ steht und die Führung aller Volkskreise über die Notwendigkeit einer Revivierung der Erzeugnisse deutscher Hand- und Heimarbeit beweist, also der Werbung für die Erzeugnisse industrieller, handwerklicher, gewerblicher und landwirtschaftlicher Art dient.

Der Einzelhandel zieht während der „Deutschen Woche“ in seinen Schaufenstern nur deutsche Erzeugnisse; die Haushalte verankten Hausfrauen-Mittagessen, die unter dem Leitwort „Raut! deutsche Ware und die schafft Freiheit und Brot“ stehen; die Schulen leisten eindrückliche Aufklärungs- und Erziehungsarbeit im Sinne der „Deutschen Woche“ durch Aufstellwettbewerbe, Wettkämpfe im Reichen und Handfertigkeits-Wettbewerbe; die Presse, der Rundfunk, der Film, alles steht während der „Deutschen Woche“ im Dienste der deutschen Wirtschaft. Auch Ausstellungen gewerblicher, landwirtschaftlicher und industrieller heimischer Erzeugnisse werden veranstaltet.

Die „Deutsche Woche“ beginnen damit auch in Deutschland eine bedeutende Rolle zu spielen, nachdem in anderen Ländern solche nationalpolitisches Propagandawochen längst an einem beachtlichen Faktor des Wirtschaftslebens geworden sind. Sie sind ein Teil der Selbsthilfe und Mutterausstellungen des deutschen Volkes in der Not unserer Tage und verdienen daher allein wertvolle Unterstützung.

Geheimrat Quisling über die Auswirkungen der Ereignisse in England.

* Solingen. In der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer erklärte Geheimrat Dr. Quisling (Venclius) u. a., er sei der Überzeugung, daß die Ereignisse in England ein letztes entscheidendes Warnsignal für die Welt seien. Die schon längst geforderte Konferenz autoritärer Wirtschaftsvertragsänderer aller Länder müsse endlich zur Wirklichkeit werden. Voraussetzung für das Gelingen einer Weltwirtschaftskonferenz sei die endgültige Vereinigung der politischen Atmosphäre, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich. Auch Frankreich werde sich als eine Insel in der Brandung der Weltwirtschaftskrise auf die Dauer nicht halten können. Nur durch die Auslandsverschuldung sei es möglich gewesen, die Staatsausgaben in einer Höhe von etwa 20 Milliarden aufzubringen. Stillhaltung und Feiertag könnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nur eine Selbsthilfaktion größten Umfangs unsere wirtschaftliche Zukunft auf die Dauer sicherstellen könne. Dazu müsse das deutsche Gesamt niveau auf das Deflationsniveau der Welt hinabgebracht werden. Denn nur so werde es möglich sein, unsere Verschuldung mit steigender Warenausfuhr abzudrücken. Auch der Staat müsse sich freimachen von einer soliden Einigung der Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Dies gelte sowohl bezüglich der Reparationszahlungen als auch der innerpolitischen Entscheidungen.

Befürchtender deutsch-englischer Kohlenkampf?

Pläne zur Kohlenförderung. Der Sturm des englischen Pfundes hat bereits seine Wirkung auf das Winterprogramm der Reichsregierung aus. Man rechnet hier mit der Möglichkeit eines verbilligten Exportes englischer Kohle. Dadurch sind Pläne wiederlebend geworden, die im Juli von der Reichsregierung erörtert wurden und die auf eine Räumung der deutschen Kohlenhaldenlager durch verbilligte Export hinweisen. Damals wurde an eine Erweiterung der Ausfuhr durch bösen Reichsbahndiskont gedacht. Der Plan wurde dann nicht ausgeführt, zum Teil wegen des englischen Einwurfs, den MacDonald und Henderson bei ihrem Berliner Besuch vorbrachten. Nachdem die Engländer jetzt jedoch möglicherweise infolge des Wundergangs zu verdeckten Roboterporten in der Lage sein werden, wird man in Deutschland einen Preissturm um den ausländischen Kohlenmarkt vorausichtlich nicht mehr aus dem Wege gehen können. Die Reichsregierung wählt jedoch einige Weisheitslösungen nicht

Hugenberg setzt sich mit der Reichsregierung auseinander

* Hamburg. Auf einer Wahlkundgebung der Deutschen Nationalen Volkspartei in Hamburg sprach am Mittwoch Dr. Hugenberg. Er führte unter anderem aus:

In Stettin habe ich ausführlich über die Ansichten und Absichten der DNVP gesprochen. Hier kann ich nur schlagwortartig einige Stichpunkte geben. Mit voller Absicht habe ich in Stettin darauf hingewiesen, daß wir „erst am Anfang der Folgen“ einer verbreiteten Weltshulden- und Kapitalwirtschaft stehen. Am Montag stellte England seine Goldzahlungen ein, nachdem kurz vorher die englischen Matrosen geweuert hatten. Es sieht aus, als wenn England eine ungeheure Niederlage erlitten hätte. Aber man kann es sich so vorstellen: England stand vor der Wahl, ob es politisch vor Frankreich die Segel streichen oder den Goldländern mit der Abkehr vom Golde drohen sollte, um seine politische Zukunft an sichern. England hat einen ähnlichen Wendepunkt erlebt wie wir zur Zeit der Bankenkrise. Wir haben ihn unangenehm vorübergehen lassen. England hat angegriffen und sich zur Wehr gelehnt. Wenn in England der Wirtschaftsgeist steht, droht, da wir „stur wie ein Vogel“ – ich gebe den mir oft zugeworfenen Spitznamen heute einmal zurück – am marxistischen Weltkrieg gehalten haben, unserer Ausfuhr und Arbeit höchste Gefahr. Außerdem leiden wir bei der heillosen Verschlechterung in die Weltwirtschaft schwer unter dem Weltewahn, von dem ich in Stettin gesprochen habe. Wenn England jetzt sein Pfund auf Zweidrittel des bisherigen Goldwertes herablässt, so wäre wieder ein Teil jenes Erwähnens gerechtfertigt. Aber was würde aus unserer Ausfuhr und damit aus unseren Arbeiten? Wenn die Regierung kann auf diesem Wege nicht föhlen? Wenn sie es täte, würde die Mark in Unendliche absinken. Denn diese Regierung hat keine Autorität und kein Vertrauen mehr. Diese Regierung hat an ihren Rückköpfen die Sozialdemokratie, die rettungslos alles in den Abgrund zieht. Den Schlag richtig parieren, den und die Krise des Pfundes versiegeln wird – das vermag nur eine Reichsregierung.

England hat vor seiner Währungskrise das Regierungsschädel auf Reichskurs gestellt. Wir müssen es unserem böswilligen Marxismus gegenüber noch viel gründlicher, wenn wir am Leben bleiben wollen.

Es ist charakteristisch, daß der erste Ton, den der Regierungsschädel nach dem Stettiner Vortrage von sich gab, die Verlausbarung einer offiziellen Korrespondenz war, die eine Wiederaufstellung der alten Mär bedeutete, daß die DNVP Mitarbeit und Mitverantwortung in der Regierung ablehne.

Ich hatte in Stettin ausdrücklich betont: „Seltens des Zentrums oder irgendeiner anderen Stelle ist der DNVP während der Zeit meines Vorsitzes niemals irgendein Angebot so irrendweiser „positiven Mitarbeit“ gemacht worden. Ich habe alle entgegengesetzten Behauptungen als „eine krasse und tendenziöse Illusion“ bezeichnet und hinausgestuft, daß nach meiner Feststellung der Reichskanzler selbst eine derartige falsche Behauptung nicht aussiehe. Und was geschieht nun? Die offizielle Korrespondenz „erinnert daran“, daß der Reichskanzler am 8. Oktober 1930 den Herren Dr. Oberholzer und von Winterfeld bei „Besprechung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung“ die Frage vorgelegt habe, „ob die Herren zur Mitarbeit bereit seien“. Das ist Wortsatzerel. Er hat

allein dem Auslande anzuzeigen zu lassen. Ansonsten wird gegenwärtig der Plan erwartet, durch Aufhebung der Milderung der Syndikatsvereine eine Verbilligung der inländischen Kohlenversorgung zu erreichen, wonach die Reichsregierung auf Grund der Notverordnung vom vorigen Sommer die nötigen Befreiungen hat.

Schwere politische Schlägerei.

* Stuttgart. Am Mittwoch kam es in einer nationalsozialistischen Versammlung in Stuttgart-Hablenberg, die auch von zahlreichen Kommunisten besucht war, zu einer ärgerlichen Schlägerei, bei der viele Personen verletzt wurden. Bei der Ablösung der anliegenden Strafen mußte die Polizei, wie das Polizeipräsidium mitteilte, wiederholt vom Schutzmobil, in einem Falle sogar vor der Schuhwaage Gebrauch machen. Es erfolgten über 100 Festnahmen. Im späteren Verlauf des Abends versuchten zur Verstärkung eingetroffene Kommunisten behindernde Nationalsozialisten zu überfallen. Auch hier mußten Polizeistreifen verdeckt eindringen und Verhaftungen vornehmen. Gegen Mitternacht war die Ruhe im wesentlichen wieder hergestellt.

Die Liubo-Brücke von Japonern zerstört.

Eine chinesische amtliche Mitteilung.

* Berlin. Die Berliner Chinesische Gesandtschaft erhielt folgende amtliche Mitteilung des Auswärtigen Amtes in Nanjing:

Bei dem unbegründeten Vorwurf, chinesische Truppen hätten eine Brücke der südmandschurischen Eisenbahn zerstört, erhielt die Auswärtige Amt von der Verwaltung der Peiping (heute Peking) die Mitteilung, daß am 18. September die japanischen Truppen bei Gründung der Feindseligkeiten selbst die Liubo-Brücke der südmandschurischen Bahn zerstört und sodann eine Anzahl Leinen gefallener chinesischer Soldaten an die zerstörte Brücke geschleppt hätten, was als Beweis dafür dienen sollte, die Brücke wäre von chinesischer Seite zerstört worden. Da die Brücke aber unter japanischer Bewachung steht, dürfte es klar sein, daß japanische bereits falsche Beweise konstruiert wurden, um den bekanntgegebenen Vorwurf zu stützen.

Vor einer japanischen Note an den Völkerbund.

* Tokio. (Funkspur.) Die Mitglieder des Kabinetts sind zu einer dringenden Sitzung zusammenberufen worden, in der die Antwortnote auf die Vorstellungen des Völkerbundes durchgesprochen werden soll. Man hofft, den Entwurf noch heute abend veröffentlicht zu können.

Weiterbestehen des Europa-Ausschusses.

Gent. (Funkspur.) Die Völkerbundsvollversammlung hat heute vormittag nach kurzer Auskunftsrede die von dem Schweizerischen Bundesrat Wotta vorelegte Entschließung über die Fortsetzung der Arbeiten des Europa-Ausschusses angenommen.

Zwei Teilnehmer der Wegner-Expedition aus Grönland zurückgekehrt.

* Copenhagen. Das Grönlandsschiff „Hans Egede“ traf gestern vormittag, wie bereits kurz gemeldet, aus Grönland hier ein. An Bord befanden sich zwei der Teilnehmer an der Wegner-Expedition, der Geologe Dr. Giese und der Meteorologe Dr. Georgi aus Hamburg. Die Forscher hatten Mitte August die Station Eismitte auf dem Grönlande verlassen. Die Station ist nicht mehr besetzt. Die 14 übrigen Teilnehmer der Expedition befinden sich in Ra-

dem Sinne nach gefragt, ob wir all den Fehlern zustimmen wollten, die er im Begriffe war zu machen, ob wir eine passive Mitverantwortung für seine inzwischen als ganz falsch und ungünstig erwiesene Politik übernehmen, ob wir ihm auf seinem falschen Wege Gefolgschaft leisten wollen. Von einer Einflussnahme auf den Kurs der Regierung, von positiver Mitarbeit und aktiver Verantwortung ist überhaupt nicht die Rede gewesen. Das ist durch eine von den Herren Oberjahren, von Winterfeld und mir unterzeichnete öffentliche Erklärung vom 11. März 1931 schon festgestellt worden. Und was macht jetzt die offizielle Mitteilung aus der selbstverständlichen Antwort auf eine ganz andere Frage? Die Antwort, die dann von deutschnationaler Seite erfolgte, war, daß die DNVP nicht bereit sei, die Mitverantwortung in der Reichsregierung zu übernehmen. Das ist im objektiven Ergebnis eine Fälschung. Reichskanzler Brüning hat einmal davon gesprochen, man müsse dem deutschen Volke die Wahrheit wieder nahebringen. Heute möchte ich öffentlich die Frage an Ihnen stellen, ob es nicht dem Bedürfnis des Anstandes und des Ansehens des staatlichen Apparates entsprechen würde, nun endlich einmal ganz offiziell zu erklären, daß weder Herr Brüning, noch irgendeine andere Regierungsstelle, noch auch das Zentrum seit Ende 1928 der DNVP jemals eine Mitwirkung an der Regierung angeboten habe?

Interessant ist auch die Verwohnung der Reichsregierung gegen die angeblich durch uns erfolgende Sineinziehung der Person des Reichspräsidenten in den politischen Kampf. Wer ist es denn eigentlich, der sich Schrift für Schrift mit dem Herrn Reichspräsidenten beschäftigt? Wer anders als die jetzige Regierung? Sitzt eine Notverordnung nach der anderen, nimmt sie die Autorität des Reichspräsidenten im Anspruch. Sie nutzt damit diese Autorität ab, und zwar um so mehr, je erfolgloser die damit bedrohten Maßnahmen sind. Wie greifen nicht den Reichspräsidenten an, sondern die verantwortliche Reichsregierung, die kein Vertrauen misbraucht.

Erneute Zurückweisung der Behauptungen Hugenbergs.

Berlin. (Funkspur.) Zu der gestern von dem Deutschen Nationalen Parteiführer Hugenberg in seiner Hamburger Rede wiederholten Behauptung, daß alle Darstellungen über eine im vergangenen Herbst angebotene Mitarbeit der Deutschen Nationalen an dem Sanierungsprogramm der Reichsregierung unrichtig seien, wird von zuständiger Stelle erneut auf die schon mehrfach gegebene Schilderung der seinerzeit zwischen dem Reichskanzler Brüning und den Deutschen Nationalen Führern Oberjahren und von Winterfeld erfolgten Verhandlungen verwiesen. Am 6. Oktober v. J. habe der Reichskanzler den beiden Deutschen Nationalen Abgeordneten das Programm der Reichsregierung vorgelegt mit der Frage, ob die Deutschen Nationalen zur Mitarbeit bereit seien. Die Antwort der Deutschen Nationalen, die auch in der Reichspresse wiedergegeben worden ist, hatte dahin gelaufen, daß die Deutschen Nationalen nicht bereit seien, die Mitverantwortung zu übernehmen.

marath und werden mit „Hans Egede“ oder „Disko“ im Laufe des Herbst anreisen.

Die beiden Wissenschaftler haben noch ihrer Ankunft Befreigertretern eine Übersicht über die Arbeiten der Expeditions. Dr. Georgi hob hervor, daß er 400 Tage auf der Station Eismitte zugebracht habe. Es sei das erste Mal, daß eine solche Überwinterung stattgefunden hätte, und es nehme an, daß es auch das letzte Mal werden werde.

Dr. Georgi hat meteorologische Beobachtungen angekettet, wobei auch Perluftballone Anwendung fanden. Am Anfang, Februar und März sei die Höhe bis auf minus 65 Grad Celsius gesunken. Die Arbeiten hätten sehr darunter gelitten, da Dr. Wegener auf seinem Weg nach der Station Eismitte die ganze Anstrengung hohe verschlafßen musste. Er sei mit drei kleinen leeren Schlitten angekommen. Auf der Station sei indessen soviel Proviant vorhanden gewesen, daß Dr. Wegener sehr oft dort hätte bleiben können. Er habe jedoch weiter gewollt, weil die Weststation noch nicht errichtet gewesen sei und sich zusammen mit dem Grönlande Rasmus auf die Reise begaben, die einen so tragischen Ausgang genommen habe. Das wissenschaftliche Material, das Rasmus vermutlich mit sich genommen hatte, um es in Sicherheit zu bringen, sei ebenso wie Rasmus nicht gefunden worden. Da Dr. Wegener den östlichen Teil seiner Ladung vor Ankunft auf der Station Eismitte zurücklassen mußte, wurden die wissenschaftlichen Arbeiten unter den primitivsten Verhältnissen ausgeführt. Man habe sich mit einer Lampe helfen müssen, die aus Konservendosen, photographischen Platten und Konservendosen hergestellt worden sei.

Die Reichsbahn in der Krise.

* Berlin. Am Montag und Dienstag tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin. – Die Entwicklung der Einnahmen war auch in letzter Zeit ungünstig. Der Personale- und Gebäudeverbrauch in den ersten 8 Monaten 1931 weist gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahrs einen Rückgang um 120 Millionen RM. (12,7 Prozent), der Güterverkehr einen Rückgang um 356 Millionen RM. (17,6 Prozent) auf. Im Vergleich zum Jahre 1929 ist der Einnahmerückgang noch schärfer. Der Personale- und Gebäudeverbrauch ist mit 161 Millionen RM. um 16,4 Prozent, der Güterverkehr mit 738 Millionen RM. um 32 Prozent zurückgeblieben. Der gesamte Rückgang der Einnahmen bewirkt sich bis Ende August gegenüber 1930 auf 489 Millionen RM. gegenüber 1929 auf 955 Millionen RM. das sind 26,9 Prozent weniger als 1929.

Es ist der Verwaltungsrat gelungen, einen wesentlichen Teil des Einnahmerückgangs durch Betriebsergebnisse auszugleichen. Es war möglich, die Gemeinschaften im Jahre 1931 um 20,7 Prozent gegenüber 1929 zu senken. In der Betriebsförderung sind die Personalausgaben und die Sachaufwendungen für Betrieb und Verkehr herabgesetzt worden; in der Unterhaltung und Sanierung der Bahnanlagen wurde gespart, soweit es sich mit einer ordnungsmäßigen Durchführung des Betriebes vereinbaren ließ. Belebungen und Aufträge an die Industrie mußten immer weiter geschränkt werden, so daß nach dem dargestigten Stande für 1931 28 Prozent weniger Betriebsergebnisse erzielt werden als im Jahre 1929.

Der Verwaltungsrat genehmigte für 1932 den Abschluß auf Lieferung von Schienen und sonstigem Material im Wert von rund 100 Millionen RM. Inwieweit weitere Arbeitsaufträge auf ähnlicher Art von der Reichsbahn herausgegeben werden können, hängt von dem Ergebnis der 4,5 prozentigen Kosteneinsparungen ab, zu deren Herausgabe der Verwaltungsrat seine Zustimmung gab.

Die D

Nekababin
das Wirts
Chelbelwec
hat es sich
Dauigindie
Frage im S
man in un
ratungen w
den Lösung
hat, zusam
eine Senku
steiner eint
Kapitalstie

Eine S
den soll, ist
tritt starker
ischen Krei
Treviranus
übertragen
dann bereit
durch die de
esforderlich
hören, habe
solche Klein

Die Br
noch in den
Kreis und
hinaus hat
zu behan
die Sonder
ausgearbei
ollagen w
mit der fin
sammenhän
menhang w
legung der
ausführlic
des Statthal
noch daran
in der lebvi
Nestoris si
frischer R
nehmen, da
ebenfalls ro

In pol
ratung all
noch morg
liches der
Nestoris da
mulieren,
dann bis f

Rolin Ub

Verl
fahrtserid
rauslöslic
der Institut
wirtschaftli
internation
blick, wo
der franzö
Grenze zu
au hoffen,
trotz aller
richtig ve
dauerhafte
Sicherheit

Berl
Curtius t
Berlin ei
Empfangs
Beamer k
wie eine
der finnisc

Gari
liche Ver
ja, hat
richtet, in
leute und
südlichen B
das franzö
An die G
land. ◉
Schwierig
Weißhaar
Militärs
dem offizi
schwierige
gewährte
jedoch in
ländern.

Derr
sind. D
hatten für
gebäude G
abgeordne
genennten
wir seit
troffen;
schein be
politische
allein das
Notverord
1,2 oder
misimus,
weil heu
trieben w
Geld vor
regierung
interpolis
Bielstein
mit Hilfe
Sturz in
rufen. D
n

Die Dauerberatung des Reichskabinetts über die neue Notverordnung.

Berlin. (Funkspruch.) Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett die eigentlichen Kabinettssitzungen über das Wirtschaftsprogramm begonnen, die durch die gestrigen Abschlusssitzungen vorbereitet worden sind. Gestern abend hat es sich vor allem darum gehandelt, daß das Problem der Haushaltssituation zu klären, das immer noch die schwierigste Frage im Rahmen des Wirtschaftsprogramms darstellt. Wie man in unterschiedlichen Kreisen vermutet, werden die Beratungen wohl schließlich darauf hinauslaufen, daß die beiden Lösungsmöglichkeiten, über die man bisher gesprochen hat, zusammengelegt werden und zwar in der Form, daß eine Sanktion und ein allmäßlicher Abbau der Haushaltssituation eintreten und daß außerdem für den Rest eine abblende Kapitalisierung vorgesehen wird.

Eine Frage, die so schnell wie möglich entschieden werden soll, ist die Kleinstiedlung, für die die Zeit vor dem Eintreten starker Früchte noch ausgenutzt werden muß. Im politischen Kreis rechnet man damit, daß dem Reichsminister Trebitsch heute die Vollmachten des Siedlungskommissars übertragen werden. Im Laufe der nächsten Woche sollen dann bereits die Ausführungsbestimmungen erscheinen, durch die den Städten die für die Anfangsetzung des Werkes erforderlichen Anweisungen gegeben werden. Wie wir hören, haben sich bereits viele laufende Arbeitslose um solche Kleinstiedlerstellen beworben.

Die Probleme der Arbeitslosigkeit kommen außerdem noch in den Beratungen über die Zusammenlegung von Arbeiteinsatz und Wohlfahrtshilfsorge zur Geltung. Darüber hinaus hat das Kabinett noch eine Reihe weiterer Fragen zu behandeln. Dazu gehört z. B. die Notverordnung über die Sondergerichte, die inzwischen im Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden ist, ferner muß der Scheinervertrag auslagen werden. Eine große Rolle spielen die Fragen, die mit der Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden zusammenhängen. Dazu gehört in erster Linie die Beschränkungsperre für die Beamten, die bekanntlich im Zusammenhang mit den preußischen Vorschlägen steht, die Herauslösung der Hochstensionen, über die vor 14 Tagen bereits ausführlich berichtet wurde und schließlich die Verhinderung des Staatshauses vom 1. April auf den 1. Juli. Endlich ist noch daran zu erinnern, daß Vertreter der Sozialdemokraten in der letzten Zeit verschleidet mit dem Kanalrat und den Reichsrats über die Beseitigung der schlimmsten Härten höherer Notverordnungen verhandelt haben. Es ist anzunehmen, daß diese Fragen in der neuen Notverordnung ebenfalls realisiert werden.

Im politischen Kreis rechnet man damit, daß die Beratung aller dieser Probleme heute den ganzen Tag und auch noch morgen in Anspruch nehmen wird. Während des Vertrages der französischen Minister in Berlin würden die Reichsräte dann die Aufgabe haben, die Einzelheiten zu formulieren, so daß die zusammenfassende Notverordnung dann bis spätestens Mittwoch nächster Woche erscheinen könnte.

Rollin über den Besuch der französischen Staatsmänner in Deutschland.

Berlin. (Funkspruch.) Bei der Verlesung des Wirtschaftsberichtes in der Wirtschaftskommission stellte der französische Wirtschaftsminister Rollin an den Schluss der Ausführungen den Hinweis auf die zum Gelingen aller wirtschaftlichen Anstrengungen unerlässliche Wiederkehr des internationalen Vertrauens und hoffte hinzu, in dem Augenblick, wo der französische Ministerpräsident Daladier und der französische Außenminister Briand sich antworten, die Grenze zu überschreiten, die so viele Leiden gelehnt hat, ist zu hoffen, daß diese Freude, die die französischen Minister trotz aller Schwierigkeiten unternehmen, von den Völkern richtig verstanden wird und daß sich daraus eine ehrliche dauerhafte Annäherung als gegebene Untergrund der Sicherheit und des Friedens ergibt.

Rückkehr Dr. Curtius.

Berlin. (Funkspruch.) Reichsaußenminister Dr. Curtius traf heute mittag 12.45 Uhr von Genf wieder in Berlin ein. Am Bahnhof Bahnhof hatten sich zu seinem Empfang Staatssekretär von Bülow mit einer Anzahl höherer Beamter des Auswärtigen Amtes und der Preiseabteilung, sowie eine Reihe von Freunden des Ministers, darunter der finnische Gesandte, Wulff, eingefunden.

Ein Angriff französischer Wirtschaftskreise auf Deutschland.

Paris. (Funkspruch.) Die französische wirtschaftliche Vereinigung, die Industrie- und Handelskreise umfaßt, hat an den Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem behauptet wird, daß der französischen Kaufleute und Industriellen gegenüberliegt bei den französischen Banken keine Kredite erhalten, während gleichzeitig das französische Geld zu Milliarden ins Ausland gebe. An diese Einleitung schließt sich ein Angriff gegen Deutschland. Es wird ausgeführt, trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen Deutschland sich befindet, habe die Reichsregierung die russischen Beziehungen in Höhe von vier Milliarden Francs zu einem Tag diskontiert, der unter dem offiziellen Discontoat liege. Es finde also trotz seiner schwierigen Lage Würgelkeiten, seinen Export durch Kreditgewährung zu begünstigen, nicht allein gegenüber Russland, sondern auch gegenüber Amerika und anderen Exportländern.

Der Kampf um das neue Deutschland.

Id. Dresden. Die Nationalsozialisten Dresden hatten für ihre letzte Kundgebung im überfüllten Circusgebäude Georg Strasser als Redner gewonnen. Landtagsabgeordneter Gunz Meyer begrüßte kurz den wiederzugefundenen Parteigenossen, der sofort das Wort nahm. Was wir seit Jahren vorausgesagt haben, ist restlos eingetroffen; die Folgen einer wahnsinnigen Erfüllungspolitik stehen heute mit aller Klarheit vor uns. Wer aber die politische Entwicklung richtig beurteilt hat, der verdient allein das Vertrauen! Mit dem Polizeikuppel und mit Notverordnungen kann die jetzige Regierung allenfalls noch 1, 2 oder 3 Monate regieren. Es ist ein unerhörter Optimismus, an eine Besserungsmöglichkeit der Lage zu denken, weil heute die Steuern unter ungeheurem Druck eingetrieben werden, aber nur dadurch, daß den Steueranten das Geld vorenthalten wird. Das Steuernder der Reichsregierung muß um 100 Grad herumgeworfen werden. Den innerpolitischen Zusammenschluß und die außenpolitische Isolation Deutschlands hat uns die jetzige Staatskunst mit Hilfe des Marxismus beschert. Zur Verteilung des Kurses in dem Regierungssystem ist nur die NSDAP bereit. Denn der einzige, der nach den Novemberereignissen noch an Deutschland glaubte, war der Frontgestreite Hitler. Die Nationalsozialisten fordern, Deutschland zu

regieren. Nur durch sie ist der nationale Gedanke wieder zu Ehren gekommen; müßig die Frage, ob die Partei auch die Köpfe hat, das Vaterland wieder zum Aufstieg zu führen und es aus dem Chaos zu reißen. Die Idee der nationalsozialistischen Bewegung hat das deutsche Wesen im Tiefen gepackt. Und wer, wie Hitler, die Seele seines Volkes zu erkennen versteht, der ist der berufene Führer dieses Volkes.

Wie aber ist es möglich, die Hand an das Steuern zu bekommen? Ein Konzentrationskabinett wie das englische ist in Deutschland unmöglich, denn auf den deutschen Marzipanen lastet der Fluch des Vertrags vom November 1918. Das Zentrum aber verzerrt internationale Interessen einer Konfession; es steht in engerer Bindung mit den marxistischen Landesvereinern. Seine Aufgabe ist die Herstellung des protestantischen Deutschlands. Ein nationales Deutschland aufzurichten ist nur möglich ohne das Zentrum. Über das Zentrum führt der Weg zu einem nationalen Deutschland. Mit allen denen, die in bestimmten national-politischen Vorstellungen mit uns gehen, werden wir den Zusammenschluß bilden und die Parteien der Mitte zu einer klaren Entscheidung bringen. Im Rahmen der Weimarer Verfassung finden wir den Weg zur Regierung. Wir sind legal geworden, weil dieser Weg der Sicherste ist, das leiste Ziel zu erreichen. Die Nationalsozialisten und ihre Bundesgenossen sind gerüstet, die Stürze der Regierung zu ergreifen. Den psychologisch richtigen Augenblick werden sie zu erkennen verstehen. Unerbittlicher Kampf gegen Marxismus und Bolschewismus, gegen das internationale Banken- und Wölfchenkapital muß und wird die erste Aufgabe dieser nationalsozialistisch beeinflußten Regierung sein. Weitere Aufgaben sind Einführung des Arbeitsdienstpflicht, Arbeitsbeschaffung, Sicherung der Ernährung und Förderung der nationalen Wirtschaft. Die Oster, die von der neuen Regierung gefordert werden müssen, sind aber zeitlich begrenzt und führen zur Freiheit des Volkes. Die Bezahlung der politischen Schulden wird abgelenkt. Das Vertrauen zum deutschen Volke wird die beste Währungsdeckung sein. Die Bildung einer deutschen Nation wird die lebte und vornehmste Aufgabe der nationalen Regierung, die Erneuerung aller nationalsozialistischen Ideale sein!

Der dreifache Mord in Dortmund.

Dortmund. (Funkspruch.) Die Untersuchung des gemeldeten Mordes an den Geschwistern Moller geht von der Tatfläche aus, daß der ermordete Kaufmann Eduard Moller ein leidenschaftlicher Briefmarkensammler gewesen ist und in seinem Besitz zahlreiche seltene Stücke von grohem Wert gesammelt hatte. Die Briefmarkensammlung ist lose in der Wohnung verstreut aufgefunden worden und wird vermutet, daß es dem Mörder darum zu tun war, die kostbarsten der Mörderlichen Sammlung an sich zu bringen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei erledigen sich darauf, festzustellen, ob Moller nicht in Sammlerkreisen Bekannte gehabt hat, denen die Tat zutrauen wäre. Moller ist in seinem Privatleben außerordentlich pedantisch gewesen und hat alle Ereignisse sorgfältig in seinem Kalender notiert. Eine Reihe von Personen, deren Namen auf diese Weise bekannt sind, wurde bereits vernommen, ohne daß irgendwelche Anhaltspunkte gefunden werden können.

Doppelhingerichtung in Gera.

Gera. (Funkspruch.) Morgen früh wird hier eine Doppelhingerichtung erfolgen. Es handelt sich um den Staubmörder Bebold aus Schlesien, der vom Gerichtsgericht wegen Ermordung einer Arbeitnehmerin aus Lanna zum Tode verurteilt worden ist und den in Rudolstadt wegen Mordes an seiner Cheftau und seiner Witwe Schäferin zweimal zum Tode verurteilten Landwirts Koppe aus Böblitz bei Rötha. Beide hatten Begnadigung eingereicht, die aber verworfen wurden. Die Urteils vollstreckung wird auf dem Hof des Gerichts Landgerichtsgefängnisses in Gegenwart von 12 Geugen stattfinden. Die zu diesem Zweck benötigte Guillotine wurde gestern in Weimar verladen, um heute von den Gehilfen des Schaftrichters in Gera aufgestellt zu werden.

Lebte Funkspruch-Meldungen und Telegramme vom 24. September.

Weitere Verhaftungen wegen des Heimwehrputzches.

Wien. Wie das "Extrablatt" aus Liezen in Steiermark melden, sind der dortige Bürgermeister Steingruber, ferner der Rechtsanwalt Dr. Meyer und der Buchhalter Holzer, führende Mitglieder der Heimwehr, wegen der Vorgänge am 18. September in Haft genommen und nach Graz gebracht worden, wo das gerichtliche Verfahren gegen alle am Heimwehrputz in Steiermark beteiligten Personen stattfinden wird.

Weitere Diskontensteigerung in Schweden.

Stockholm. (Funkspruch.) Die schwedische Reichsbank hat mit Wirkung vom 25. Sept. den Diskontsaat, der erst am 21. d. Monats um 1 Prozent heraufgesetzt worden war, um ein weiteres Prozent auf 6 Prozent erhöht.

Vor einer Umwandlung der Wehrmacht in Dänemark.

Kopenhagen. (Funkspruch.) Ministerpräsident Stauning erklärte heute bei der Eröffnung des Reichstages u. a., daß sofort eine Vorlage über ländliche Siedlungen und über die Umwandlung von Heer und Flotte in ein Nachkriegs- und eine Staatsmarine eingebracht würden. Dieser so genannte Seesatzvortrag eröffne die Möglichkeit einer sehr großen Herabsetzung der staatlichen Ausgaben. Endlich werde, so fügte der Ministerpräsident hinzu, noch eine Seesatzvorlage über eine Arbeitslosenversicherung eingebracht werden.

Eröffnung des dänischen Reichstages.

Copenhagen. (Funkspruch.) Der Reichstag ist heute eröffnet worden. Staatsminister Stauning gab eine programmatische Erklärung ab.

Gachverständiges prüfen die Frage einer Weißfilzkonferenz.

London. (Funkspruch.) Ein von der internationalen Handelskammer eingesetzter und aus drei Währungssachverständigen bestehender Ausschuß, der den Vorschlag der Gründung einer Weltbankkonferenz prüfen soll, ist heute in London zusammengetreten. Er wird der internationalen Handelskammer in Paris nach Abschluß seiner Beratungen Bericht erstatten.

Veröffentlichung des englischen Nachtragsets.

London. (Funkspruch.) Der Nachtragsets in Höhe von 20 700 000 Pfund Sterling ist heute veröffentlicht worden. Von dieser Summe werden 18 700 000 Pfund für die Arbeitslosenversicherung und 7 Millionen Pfund als weiterer Vorrat für den Begebaungsbedarf benötigt.

Kingsford-Smith zum Fliege Australien-England gekasert.

Wondham (Westaustralien). Der bekannte Armeeflieger Kommodore Kingsford-Smith ist heute hier gestartet, um den für den Flug Australien-England bestehenden Rekord zu brechen.



Neubestellungen

auf daß in allen Schichten der Einwohnerzahl von Niela und Umgegend aern gelein Nielaer Tageblatt zum Bezug nehmen jederzeit entgegen für

Athlithstein: Hugo Rühle, Boris

Babra: Hugo Rühle, Boris

Blochwitz: W. Naujoks, Seehausen 17

Böberlen: Frau G. Vogel, Böberlen Nr. 72

Boritz: Hugo Rühle, Boris

Canih: D. Thiele, Gröba, Oschauer Straße 19

Glaubitz: Frau Hesse Nr. 6

Göblitz: G. Röhne, Nr. 57

Gröba: A. Haubold, Strebaer Str. 17

H. Leibnitz: A. Leibnitz, Allee 4

M. Meinel, Oschauer Str. 2

Frau Külse, Kirchstr. 19

Großdöbel: A. Beiter, Großdöbel Nr. 1

Henda: Frau H. Hora, Henda, Nr. 42

Hahnishausen-Wöhle: Frau Trümmer, Röder Nr. 20

Kalbitz: Frau Müller, Seehausen Nr. 18d

Kobeln: A. Diele, Kobeln Nr. 18

Lancenhain: Otto Scheuer, Bäckermeister

Lenzenberg bei Niela: Frau Schleel, Lenzenberg Nr. 17d

Mautz: W. Naujoks, Seehausen 17

Merendorf: L. Schumann, Pörris 18

Merzdorf: D. Thiele, Gröba, Oschauer Str. 19

Moritz: Frau Trümmer, Röder Nr. 20

Münchitz: Marie Thranis, Wiesendorf. 6

Nelitz: W. Schorze, Nr. 41

Pahrenz: A. Diele, Kobeln Nr. 18

Pautz: M. Schwarze, Dölls Nr. 41

Reichenbach bei Niela: L. Schumann, Nr. 18

Röhrsdorf: Frau Trümmer, Röder Nr. 20

Niela: Alle Zeitungssträger und zur Vermittlung an diese die Tageblatt-Geschäftsstelle Goebelstr. 59 (Telefon Nr. 20)

Röderau: M. Schöne, Grundstr. 16

Sandau: Frau Hesse Glaubitz Nr. 6

Seehausen: Frau Müller, Seehausen Nr. 18d

Weida (Alt-): für Klara, Lange Str. 15

Weida (Neu): F. Phae, Lange Str. 26

Weithain-Dorf: G. Sandholz, Teichstr. 18

Weithain-Lager: Richard Schönitz, Buchhändler

Der Schierling reift.

Wds. Der Schierlingstecker als trimmelle Todesart der Alten oder als Vergiftungsmittel hat durch Sokrates eine historische Berühmtheit erlangt. Schierlingsvergiftung aber sind trotz dieser abridrenden historischen Belehrung keine Seltenheit, denn alljährlich um diese Zeit reift eine fast blühende Umbellitace, ein bolbenartiges Gedächtnis, das noch zwölfe andere Arten von Umbelliferen unter heimischen Blüten zu nennen vermag, die als giftig oder als verdächtig in den Gärten, auf den Wiesen und an Wälderläufen ihre dolpigen Blüten werfen.

Die gefährlichsten unter ihnen sind die drei Schierlinge, unter denen der „gelebte Schierling“ den toxischen Trank geliefert haben soll.

In einer Höhe von ein bis zwei Metern liegen die zartgelben Stengel die zahlreichen Dolben mit den vielen weiblichen Blüten auf. Häufig sind die Stengel am Grunde braunrot und die hohen Blattstiele am Grunde rot gefleckt, ein Umstand, dem die gefährliche Giftwurzel ihren Beinamen verdankt. Ihr etwas kleinerer Bruder, der Wasserschierling, ist untere giftigste Dolbenwurzel. Der Genuss der grünen Blätter oder der hohen Wurzeln kann für Menschen und Vieh tödliche Folgen haben. An Sümpfen und Wasserläufen prangen jetzt über den zwei bis dreifach gefiederten Blättern die unangenehm riechenden weißen Blüten Dolben. Auf Schutthüten und in Gärten tritt der Gartenschierling. In ihrer Jugend kann die Giftwurzel leicht mit der echten Petersilie verwechselt werden, unterscheidet sich aber von dieser durch den gleichen Glanz der Blätter, die übrigens auch spitzer sind und beim Reiben einen widerlichen Geruch von sich geben. Der Genuss dieser giftigen Schierlinge bewirkt Erbrechen, Schwindel, ja sogar die völlige Lähmung des Herzensteins.

Die übrigen giftigen Dolbenblüten sind weniger gefährlich. Mit unserer kultivierten Schierlinge nahe verwandt ist der „betäubende Rübelkropf“ mit dunkel-grünen Blättern und violetten, in dichten Dolben stehenden Früchten. Der Genuss von Raut und Wurzel ist erregend und betäubend. Rehnliche Wirkung lösen der Wild-Klettenskerbel, der gemeinsame Klettenskerbel, der Kohl-Skerbel, der an Wassergärten oder sumptigen Stellen stehende weiß-rötlich blühende Große Skerbel, der an gleichen Orten stehende „breitblättrige Wurz“ und die Asturie aus. Lediglich verdächtig ist der Riebel unter seinen Umbelliferen, der Bärenklau oder deutsche Antoxus, die Kümmelblüte und die „röhrlige Wurzelblüte“.

Wie diese Umbelliferen gleichen sich äußerlich, wenn sie auch von verschiedener Größe sind, bevorzugen nasse Wiesen, Wasserläufe oder Schutthalden und sind meist trotz ihrer Giftigkeit wenig bekannt.

Wichtig für jede Frau ist das gute Aussehen und der natürliche Glanz des Haars. Als besonders wirksam empfehlen wir Ihnen das Haarglanz

Sächsisches und Sächsisches.

Riesa, den 24. September 1931.

* Warnung vor Teppichhändlern. Der Verband Deutscher Teppich- und Möbelstoffhändler schreibt: „Jünger wieder findet man in der Tagespresse kleine Thürse-Anzeigen, in denen darauf hingewiesen wird, daß aus irgendwelchen Gründen eine Reihe Orientteppiche gegen Kasse besonders preiswert zu verkaufen sind. Wer auf diese Anzeigen antwortet, erhält den Besuch irgend eines ortsfremden Teppichhändlers, der in aufrüttlicher Art eine Reihe deutscher, auch Orientteppiche zum Verkauf anbietet. Dabei werden die unüblichen Behauptungen aufgestellt. Angeblich sind die fraglichen Teppiche besonders wertvoll, da sie mit Pflanzenfarben gefärbt und ein großes Alter haben sollen. Wenn dann der betreffende Privatmann nach dem Kauf durch Sachverständige den Wert der Teppiche abschätzen läßt, wird er meistens feststellen müssen, daß es ganz erheblich, trotz des angeblich so niedrigen Preises, überwerteilt worden ist. Nur schwer gelingt es dann, den Kauf rückgängig zu machen.“ Ein anderes bestieltes Mittel der Teppichhändler besteht darin, eine Reihe Privatleute in der Stadt telefonisch anzurufen, sie unter allen möglichen Vorstellungen zu veranlassen, sich doch ein paar Orientteppiche vorzulegen zu lassen. Wenn es hierzu kommt, dann wird der betreffende Privatmann meistens ebenso überworteilt, wie schon oben ausgeführt. Diese Teppichhändler beruhnen oft hierbei immer denselben Trick: Wenn sie erst einmal bei einem Kunden gewesen sind, so haben sie im Laufe des Verkaufsgeprächs durch geschickte Fragestellung den Bekanntheitsgrad des Betreffenden in Erfahrung gebracht. Sie gehen dann von einem zum anderen, erfahren bei jedem wieder etwas über den anderen und können sich abschließlich nach kurzer Zeit als gut unterrichtet über die Verhältnisse des einzelnen Privatmannes hinstellen. — Es ist meistens sehr schwer, bei Übervorteilungen die betreffenden Händlerhändler hinterzuholen. Trotzdem kommen in leichter Zeit wieder mehrere Betrugshälfte aufgedeckt und die Schulden ihrer verbündeten Bestrafung aufgeführt werden. Wer sich Teppiche annehmen will, möge dies doch dort tun, wo er wirklich auf eine ehrliche und fiktive Bedienung rechnen kann. Die ortsnahen Geldhäuser sind hingegen in erster Linie zu vertrauen. Dieselben können bei notwendigen Reklamationen jederzeit ohne große Mühe in Anspruch genommen werden. Die Teppichhändler dagegen sind meistens nach getätigtem Verkauf verschwunden.“

* Berücksichtigung des Handwerks bei der Durchführung des Siedlungsplanes der Reichsregierung. Pressemitteilungen zufolge beabsichtigt die Reichsregierung für Siedlungszwecke die Herstellung von 100 000 Siedlungsbauten, bei denen auch einheimisches Holz in möglichst weitgehendem Maße zur Verwendung kommen soll. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister diesbezüglich eine besondere Eingabe zugestellt, in der gebeten wird, bei der Durchführung des Siedlungsplanes auch das selbständige Handwerk, insbesondere auch das Zimmererhandwerk, einzuhalten. Der Reichsverband weist darauf hin, daß die Abschaltung des selbständigen Gewerbes zur Folge haben müßte, daß die Beschäftigung noch stärker zurückgeht, weitere Betriebe zum Erliegen kommen und die Arbeitslosigkeit noch mehr wächst. Das gilt namentlich für das Baugewerbe, das von der starken Beschränkung der öffentlichen und privaten Bauaktivität ohnehin besonders hart betroffen ist, und dessen wirtschaftliche Lage durch die Beschäftigung bei der Umstellung einer gewissen Besserung erhaben könnte. Die Erweiterung des selbständigen Gewerbes würde auch dazu beitragen, daß die Siedlungsarbeiten auf die wirtschaftlich zweckmäßigste Weise und mit den geringsten Kosten durchgeführt werden.

Wilde Verbrennerjagd über die Dächer

Leipzig. Der Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß der 21jährige Maler Bitterli der von der Staatsanwaltschaft Weiden wegen Urkundenfälschung festhaftlich gefaßt wurde, sich in einem Grundstück in der Goebenstraße in Gohlis bei seiner Eltern aufhielt. Die mit der Festnahme beauftragten beiden Kriminalbeamten wurden durch drei Schutzpolizeibeamte unterstützt, weil bekannt war, daß Bitterli von der Schuhwaffe rücksichtlos Gebrauch machen wollte. Auf die Aufforderung der Beamten zu öffnen, erwiderte Bitterli, daß er nicht ausmache, vielmehr sofort schließen und schon niederfallen würde, der ihm in den Weg komme, und schob auf einen im Garten postierten Beamten, den er ins Bein traf. Der Beamte erwiderte das Feuer, ohne zu treffen. Bitterli flüchtete über die Gärten in ein Grundstück der Friedrich-Karl-Straße, eilte die Treppen hinauf, drückte die Bodentür ein und kletterte zum Dachfenster hinaus. Vorher hatte er einen Beamten durch einen Streifschuß leicht verletzt, ebenso dessen Schuhzund. Inzwischen war auch das Ueberfallskommando eingetroffen. Bitterli wurde wiederholt aufgefordert, sich zu ergeben. Da er keine Folge leistete, sondern weiter auf die Beamten schob, erwidernten diese von unten aus das Feuer, wobei Bitterli mehrfach getroffen wurde, bis er schließlich zusammenbrach; er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Einstellung von Luftpostverbindungen

Leipzig. Der Betrieb auf der Luftpostlinie Plauen-Gera-Leipzig (Mockau)-Dessau-Berlin wird mit Ablauf des 23. September, auf den Linien Nürnberg-Fürth-Hof-Plauen-Jülich-Leipzig-Mockau und Dresden-Leipzig-Mockau mit Ablauf des 25. September eingestellt und auf der Linie Dresden-Guben-Frankfurt (Oder)-Stettin mit dem 30. September.

Geständnis des Troitschendorfer Mörders

Görlitz. Im Gerichtsgefängnis erfolgte in der Troitschendorfer Mordangelegenheit eine Ausprache zwischen dem Mühlenbesitzer Klein und seinem 18 Jahre alten Sohn Georg, die sich äußerst dramatisch gestaltete. Der Mörder legte in Gegenwart seines Vaters ein umfassendes Geständnis ab, aus dem hervorgeht, daß er die Tat vorbereitet hatte. Da er Veruntreuungen begangen hatte, befürchtete er, mit seiner Mutter in Zwistigkeiten zu geraten. Um Geld für seine Flucht zu erhalten, schaffte er bereits am Nachmittag vor der Mordtat Roggen, der zur Vermählung bestimmt war, beiseite, um ihn nach der Tat zu verkaufen. Hammer und Ztg legte er bereit. Nach der Arbeit in der Mühle ging er ins Schloßzimmer der Mutter und überzeugte sich, ob sie schlief. Dann führte er die Hammerschläge aus, ging zu Bett und horchte, ob die Mutter noch atme. Der neunjährige Ernst trat im Morgengrauen an das Bett des Mörders, worauf dieser sich entschloß, auch die Kinder als lästige Zeugen der Tat umzubringen. Ferner hatte er die Absicht, die Leichen in das tiefe Mühlentor unter das Mühlrad zu werfen, um so die Tat zu verbergen. Es liegt also vollendet Mord und kein Totschlag vor. Nach der ersten Vernehmung wiederholte der Mörder auch dem Oberstaatsanwalt gegenüber sein Geständnis und schloßte die Tat nochmals in allen ihren Einzelheiten.

Finanz-Bill angenommen

London, 24. September.

Mit 297 gegen 238 Stimmen wurde gestern abend im Unterhaus in zweiter Lesung die Finanz-Bill angenommen.

Handel und Volkswirtschaft.

Zur Haushaltsssteuer.

Der Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Makler (RDW) für Immobilien, Hypotheken und Finanzierungen e. V., Sitz Berlin, hat sich in der Sitzung seines Gesamt-Vorstandes am 19. September 1931 eingehend mit der Frage der Haushaltsssteuer beschäftigt.

Neben anderen hieraus gefassten Beschlüssen dürfte es für die Öffentlichkeit von Interesse sein, daß u. a. eine Entscheidung gefasst wurde, die an den Herrn Reichskanzler in nachstehender Form abgegangen ist:

Der Gesamt-Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Makler, der fast sämtliche deutschen Grundstücks- und Hypotheken-Makler von Bedeutung umfaßt, hat sich in seiner heutigen Vorstandssitzung eingehend mit der Frage der Haushaltsssteuer beschäftigt.

Auf Empfehlung des Herrn Referenten im Reichsfinanzministerium erlaubten mir uns, das Ergebnis dem Herrn Reichskanzler nachstehend zu unterbreiten.

Der Verband steht seit Jahren auf dem Standpunkt, daß die Haushaltsssteuer in ihrem Aufbau verfehlt, sozial ungerecht und wirtschaftlich unvernünftig ist. Sie zerstört den Realcredit, sie verursacht eine Entwertung des Grundbesitzes auf einen Bruchteil seines früheren Wertes und sie belastet den Leistungsschwächeren relativ am härtesten. Mit diesen Folgen geht selbstverständlich ein Rückgang des Vermögens aus Vermögenssteuer und Einkommensteuer Hand in Hand.

Der Verband steht daher auf dem Standpunkt, daß diese Steuer beseitigt werden muß, wenn man nicht einen vollkommenen Verfall des wertvollen und erheblichen Teiles des deutschen Volksgesamtes herbeiführen will. Andererseits verkennt der Reichsverband, der sich bei seinen Entwicklungen von seiner politischen oder wirtschaftlich einleiteten Tendenzen leiten läßt, nicht, daß eine sofortige vollständige Beseitigung dieser Steuer budgetmäßige Schwierigkeiten mit sich bringen könnte.

Er schlägt deshalb für den kommenden Winter eine Zwischenlösung im Wege der Notverordnung vor. Wie empiehlt, daß jedem Hausbesitzer, der in der Zeit bis zum 1. April 1932 am Steuergrundstück Instandhaltungsarbeiten ausführt oder Grob-Wohnungen in Klein-Wohnungen umwandelt, die Haushaltsssteuer bis zur Höhe von 75 % auf Antrag gekündet und späterhin erlassen wird. Der Erfolg soll in der Regel davon abhängig gemacht werden, daß der Steuerschuldner aus eigenen Mitteln außer der erlaubten Summe ein Drittel dieses Betrages zu dienen Zwecken aufgewendet hat.

Die Folge dieses Vorschlags würde sein, daß

a) Bauarbeiter, Handwerk und Industrie kürtere Beschäftigung finden,

b) ein weiterer Verfall des Haushaltsssteuer verhindert wird,

c) das Einkommen an Vermögenssteuer und Einkommensteuer wesentlich erhöht wird,

d) die Lizenzen für Erwerbslosen-Fürsorge erheblich verminder werden,

e) der Realcredit dadurch gefördert und die Entwertung der Hypotheken-Bankbriefe aufgehoben wird.

Diese Zwischenlösung würde Zeit geben, um eine endgültige Regelung der Frage der gesamten Grundstücks-

steuerung in Angriff zu nehmen.“

Diese Woche noch keine Börse.

Verlin. Nach einer Bekanntmachung des Börsenvorstandes zu Berlin findet in dieser Woche eine Notiz von Wertpapieren und Devisen an der Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist nicht anlaßig. Devolventur werden in der Reichsbank festgestellt werden. Die Notierungen an der Metallbörse wurden heute Donnerstag wieder aufgenommen. — In der Zusammenkunft der deutschen Börsenvorstände wurden die für und gegen die baldige Wiederherstellung der amtlichen Wertpapiernotizen sprechenden Gründe eingehend gewürdigt. Ein bestimmter Tag konnte hierfür noch nicht festgelegt werden. Es ergab sich aber Einmütigkeit darüber, daß nach Räumung der jeglichen Voge — wenn möglich in der nächsten Woche — die Wiedereröffnung alsbald erfolgen soll. Es wurde dem Berliner Börsenvorstand übertragen, hierüber nach Fühlungnahme mit den übrigen Börsenvorständen zu beschließen.

Marktberichte.

Amtliche Notierungen der Produktenbörse zu Chemnitz vom 23. September 1931.

Weizen, inländ.	75 kg	214—224	Weizenmehl 70%	41,50
Roggen, sächs.	72 kg	204—208	Roggenmehl 60%	33,50
Sandroggen,	73 kg	210—212	Weizenfleie	11,00
Sommergerste	180—190	180—190	Roggengelieie	10,25
Wintergerste	165—170	165—170	Wiesengr., neu, lose	5,50
Hafat, alt	170—180	170—180	bo. alt, lose	—
bo. neu	155—160	155—160	Heu, neu	—
			Getreide-Straß., lose	—
			bo. drahtgepreßt	2,75

Der Staatskommissar am Produktenmarkt.

Überprüfung Haushaltbewegung.

Der Produktenmarkt befindet sich heute in starker Verwirrung. In den Vormittagsstunden zeigte sich etwas stärkere Nachfrage für das nur ziemlich knappe Angebot von beiden Brotgetreidearten, es wurden für Weizen etwa eine Mark, für Roggen etwa zwei Mark höhere Preise bewilligt und die Lieferungspreise wurden von Büro zu Büro in ähnlichem Ausmaß höheren Geld genannt. Zu Börsenbeginn fanden Notierungen vorerst nur in den Septemberberichten Zustande, die späteren folgenden Monate waren etwa 5 Mark höher, die späteren Liefermonate wurden plus plus notiert. Zu der Feststellung an Preisen mußte der Staatskommissar der Börse hinzugezogen werden. Im Augenblick der Berichtsaufstellung war erst die Notierung für Oktoberweizen mit vier Mark Befestigung aufzufordelgekommen, die späteren Roggenliefermonate werden etwa 5 Mark über gestrigem Schlussniveau bewertet. Die Umlauftätigkeit hielt sich infolge der überkritischen Haushaltbewegung natürlich auf allen Marktgebieten in engsten Grenzen. Für Mehl werden bei ebenfalls starker Zurückhaltung der Verkäufer höhere Preise gefordert. Hafat folgt der Haushaltbewegung für Brotgetreide in gewissem Abstand, Hafat blieb dagegen vernachlässigt. Am Befestigungsmarkt wurden nur einmal amtliche Notierungen festgestellt. Danach nannte man im Freiverkehr für Weizen eine Mark, für Roggen 1½ Mark über amtlicher Notiz liegende Preise, daß Geschäft bleibt äußerst gering.

Wasserstände

23. 9. 31 | 24. 9. 31

Moldau: Namak	• • •	+ 51	+ 66
Modran	• •	- 7	+ 9
Elbe: Raum	• •	+ 4	+ 17
Elbe: Nürnberg	• •	+ 85	+ 22
Brandenburg	• •	+ 21	+ 22
Weltmeier	• •	+ 60	+ 71
Küssig	• •	+ 82	+ 90
Dresden	• •	- 119	- 107
Meifa	• •	- 53	- 38

Bericht über den Schlachtwiehmarkt am 24. September 1931 zu Dresden.

Schlachtwiehrgattung und Wertklassen

Gebr. | Schläg. | Gewicht

Rinder: A. Röhre (Mastrib - Stück)	1. Vollf., ausgemästet, höchsten Schlachtw.	1. junge
2. sonstige vollfleischige	• • •	2. jüngere
3. fleischige	• •	2. ältere
4. Gering genährt	• •	•
B. Bullen (Mastrib 17 Stück):	1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes	•
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	• •	•
3. fleischige	• •	•
4. gering genährt	• •	•
C. Kühe (Mastrib 43 Stück):	1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes	•
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	• •	•
3. fleischige	• •	•
4. gering genährt	• •	•
D. Kühe (Mastinnen) (Mastrib - Stück):	1. vollfleisch, ausgemästet höchsten Schlachtwertes	•
2. sonstige vollfleischige	• •	•
E. Kälber (Mastrib - Stück):	mäßig genährt Jungvieh	•
F. Kühe (Mastrib 472 Stück):	1. Toppellenber bester Mast	•
2. beste Mast- und Saugkälber	• •	51—57
3. mittlere Mast- und Saugkälber	• •	44—50
4. geringe Kälber	• •	35—42
5. geringste Kälber	• •	—
G. Schafe (Mastrib 297 Stück):	1. beste Mastlämmmer und jüngere Masthammel	•
2. Stammast	• •	—
3. mittlere Mastlämmmer, ältere Masthammel und gutgenährt Schafe	• •	—
4. fleischiges Schafvieh	• •	—
5. geringgenährt Schafe und Lämmer	• •	—
H. Schweine (Mastrib 458 Stück):	1. Hettenschweine über 300 Pf.	58—59
2. vollfleischige Schweine von 240—300 Pf.	55—56	
3. vollfleischige Schweine von 200—240 Pf.	52—54	
4. vollfleischige Schweine von 160—200 Pf.	49—51	
5. vollfleischige Schweine von 120—160 Pf.	—	
6. fleischige Schweine unter 120 Pf.	—	—
7. Sauen	—	—</td

Deutschlands Bortlämpfer in Ostafrika.

On memoriam Dr. Karl Peters.

Viert Tage dieses herbstlich fühlenden Septembermonates sind mit der Erinnerung an den großen deutschen Afrikaforscher Dr. Karl Peters verbunden. Vor 18 Jahren, am 10. September 1913 starb der kaum 52-jährige in Woltorf bei Hannover. Um 27. September aber hätte er seinen 75. Geburtstag feiern können. Während es noch vor wenigen Jahren schien, als ob der koloniale Gedanke in Deutschland, dessen Bortlämpfer Peters lange Jahre war, endgültig begraben sei, tauchen gegenwärtig von neuem fast phantastisch anmutende Pläne über eine deutsch-französische Zusammenarbeit in Afrika auf. Auch wenn ihre Umrisse vage genug sind und vieles gegen sie spricht, beweisen sie doch eine neue Lebendigkeit des kolonialen Problems. Es ist durchaus nicht abzusehen, ob Deutschland Anteil an der kolonialen Stellungnahme der anderen großen Nationen nicht wieder in den Mittelpunkt ernster Erwägungen rückt, und ob die kraftvolle und scharfe Persönlichkeit Karl Peters nicht von neuem aus dem Dunkel, in das sie versunken ist, hervortritt.

Die große Schule für den jungen Deutschen, der von früher Jugend an sich für Afrika interessierte, bildete England. Hier studierte er moderne Kolonialpolitik und Verwaltung auf das gründlichste, ehe er sich an der Berliner Universität habilitierte. 1884 gründete er die Gesellschaft für deutsche Kolonisation. Sie war nicht als theoretisches Unternehmen gedacht. In ihrem Auftrag ging Dr. Peters zum ersten Male nach Ostafrika. Verträge mit den eingeborenen Häuptlingen in den Provinzen Ueguha, Naura, Utagara und Uambe bezeichneten die ersten Erfolge des deutschen Kolonialgedankens in Ostafrika. In den nächsten Jahren hielt sich Peters teils in Berlin auf, wo er an die Spalte der deutschen ostafrikanischen Gesellschaft trat und in einem allgemeinen deutschen Kongress zur Förderung überseeischer Interessen für die neuen Handelsgebiete warb, teils machte er Reisen in Afrika, bei denen er zum ersten Male mit dem Engländer Stanley und Emin Pasha zusammentraf. 1891 wurde er als Reichskommissar dem Gouverneur der durch das deutsch-englische Abkommen vom Juli 1890 gewonnenen Kolonie Ostafrika beigegeben. Die Grenzziehung der deutsch-britischen Grenze am Klimanitabu ist sein Werk.

Der anfangs vom Kaiser hochachtete Forscher verfiel in Ungnade, als er 1895 die Stellung eines Bandenführers am Tanganjikasee ablehnte. Bald danach begannen auch seine schweren politischen Anaristie gegen Peters, die ihm Röheit und Unmenschlichkeit in seinem Verhalten zu den Einwohnern vorwurfen. Der jahrelange Kampf endete mit der Dienstentlassung des Befürchers. Er wurde sogar noch zur Trotzung sämtlicher Sorgen der gegen ihn geführten Prozesse verurteilt. Wusste verbiert, zog sich Peters nach England zurück. Auch hier blieb seine Liebe zu Afrika unerschüttert. 1898 gründete er eine deutsch-englische Gesellschaft zur Erforschung des Goldfeldes Rhodesia. Von 1899 bis 1901 bereiste er das Gebiet zwischen Sanibei und Sabi. Er glaubte hier das Land Ophir Salomon entdeckt zu haben. 1905 fand er neue Goldfelder und Rillen. Seine Reisen und Erfahrungen legte er in vielen von der Jugend mit Leidenschaft gelesenen Büchern nieder. Bei Ausbruch des Weltkrieges stand er auch in der Heimat die ererbte Rehabilitierung. Er hat sich ihrer nur noch vier Jahre erfreuen dürfen.

Politische Tagesübersicht.

Die Durchführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverkürzung von den Reichsratsausschüssen angenommen. Die Vereinigten Reichsratsausschüsse beschäftigten sich am Mittwoch mit den Durchführungsbestimmungen zu der durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 der Reichsregierung verliehenen Ermächtigung zur Arbeitszeitverkürzung. Nach langerer Aussprache wurde die Vorlage angenommen. Sie wird heute Donnerstag die Vollziehung des Reichsrats beschäftigen.

Sowjet-Rußland will militärische Belebung in Charkow durch Japan verhindern. Der Einmarsch der Japaner in das Gebiet der chinesischen Ostbahn hat in Moskau Aufsehen erregt. Es wird erklärt, daß dieses Vorgehen gegenüber der Ostbahn unnötig gewesen sei, da die chinesischen Behörden selbst sehr gut in der Lage seien, Ruhe und Ordnung auf der Bahn aufrechtzuerhalten. Die russische Regierung hat von ihrem Konsul in Charkow einen eingehenden Bericht angefordert. Sie will vor einer militärischen Belebung durch Japan schützen. — Der Eisenbahnverkehr zwischen Tschaotou und Mandschuria ist unterbrochen. Der Verkehr Mandschuria-Charkow-Pogranitschka wird weiter aufrechterhalten. Nach einer weiteren russischen Melbung sollen die chinesischen Nachstruppen an der chinesischen Ostbahn den Befehl erhalten haben, sich nach Charkow zurückzuziehen.

Arbeitslosendemonstration in Glasgow. Blättermeldungen aus Glasgow zufolge veranstalteten dort gestern 50.000 Arbeitslose Kundgebungen. Sie zogen durch die Hauptstraßen der Stadt und sangen kommunistische Kampfsieder. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Einführung des österreichischen Nationalrates. Der Bundespräsident hat den Nationalrat zu einer außerordentlichen Tagung für den 30. September einberufen. Präsident Menner hat darauf die Sitzung des Nationalrates für den 30. September nachmittags 3 Uhr einberufen.

Annahme des Schiedsspruches für die badischen Staatsangehörigen. Der Richter für Südwürttemberg hat einen Schiedsspruch gefällt, wonach für die badischen Staatsangehörigen eine Gehaltsersenkung von 5 Prozent einzutreten soll bei einer Freigrenze von 2000 Mark. Dieser Schiedsspruch ist gestern von allen Parteien angenommen worden.

Die spanische Kündigung des Pakabkommen. Im Auswärtigen Amt ist jetzt die Note der spanischen Regierung, in der das deutsch-spanische Pakabkommen gekündigt wird, eingegangen. Die Kündigung ist mit Wirkung vom 25. September ab ausgetrochen.

Englands Stellung zu dem Vorschlag eines Rüstungsfestjahrs. Im Unterhause erklärte Baldwin in Beantwortung einer Anfrage, die Regierung verfolge aufmerksam die Entwicklung der Dinge im dritten Abschluß des Völkerbundsversammlung bezüglich des italienischen Vorschlags über ein Rüstungsfestjahr. Gestern seien Anstruktionen an Lord Cecil nach Genf gesandt worden, die diesen ermächtigen, den italienischen Vorschlag, soweit er das Gebiet der Seefürdungen umfaßt, unter der Bedingung anzunehmen, daß alle anderen Mächte dem Beispiel Englands folgen würden. Baldwin fügte hinzu, er könne versichern, daß die britische Regierung den Staat für das Heer und die Luftflotte für das Jahr 1932/33 nicht erhöhen werde, falls nicht unvorhergesehene Umstände dies geboten.

Keine Völkerbundstaatssitzung in Berlin. Ein Berliner Abendblatt will wissen, daß der Völkerbundsrat beabsichtige, demnächst in Berlin eine Tagung abzuhalten, auf der der javanisch-chinesische Konflikt vereinigt werden soll. Wie wir

von unterrichteter Seite erfahren, ist mit einer solchen Tagung nicht zu rechnen. Es ist zwar möglich, daß im Laufe der Generalkonferenz ein solcher Plan einmal erwogen worden ist, dann dürfte er jetzt aber bereits überholt sein.

Die Vereinigten Reichsrats-Ausschüsse beschäftigten sich am Mittwoch mit den Durchführungsbestimmungen zu der durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 der Reichsregierung verliehenen Ermächtigung zur Arbeitszeitverkürzung. Nach langerer Aussprache wurde die Vorlage angenommen. Sie wird am Donnerstag die Vollziehung des Reichsrats beschäftigen.

Auszahlung der Oktober-Gehälter in Preußen. Nach einem Erlass des Preußischen Finanzministers ist die Hälfte des den Beamten usw. für den Monat Oktober aufzuhenden Dienst- und Verpflegungsbezüge, soweit die Zahlung in bar zu leisten ist, am 1. Oktober auszuzahlen; Überweisungen dürfen nicht vor dem 29. September erfolgen. Beamtenbedarf auf die Oktoberbezüge dürfen nicht vor dem 1. Oktober angenommen werden. Wegen der Auszahlung der weiteren Oktoberrate ergibt besonderer Erlass.

Anträge im Reichstag. Im Reichstag hat die Fraktion des Deutschen Volks einen Antrag eingebracht, der die Regierung erfordert, daß Steuervorileg der gewerblischen Betriebe des öffentlichen Hand mit sofortiger Wirkung aufzuheben. — Die Christlich-Sozialen erhielten in einem Antrag die Regierung um sofortige Verlegung eines bestreiten Geleitwurfs oder um Erlass einer bestreiten Notverordnung, wonach in Erweiterung der Notverordnung vom 26. August ds. J. ab 1. November 1931 u. a. von den Vorverwaltungen des öffentlichen Rechts nicht höhere Gehälter als die der Reichspräsidenten und den Reichskanzler soll die Beimutung keine Anwendung finden. Außerdem sollen Pensionen 12.000 Mark nicht überschreiten dürfen.

Um die Mehrheit des Reichstags. Es hat besondere Beachtung gefunden, daß der Führer der Landvolk-Partei vom Kanzler zu einer Befreiung der politischen Lage empfohlen wurde. Wie wir aus politischen Kreisen hierzu hören, strebt der Kanzler jetzt schon eine Klärung der partei-politischen Einstellung an. Aus diesem Grunde hat er den nachgelieferten Empfang des Landvolkführers gern bejaht. Der Kanzler bemühte sich, Dr. Gereke für die Reichstagsmehrheit der Regierung zu gewinnen. Jedoch hatte die für gestern sofort einberufene Fraktionssitzung der Landvolkpartei in dieser Richtung große Bedeutung.

Günstige österreichische Einreisebewilligung für Hitler. Wie aus Wien gemeldet wird, hat die österreichische Regierung Adolf Hitler die Einreisebewilligung nach Wien, wo gestern seine Rechte bekräftigt wurde, erteilt. Hitler müßte sich jedoch von jeder politischen Betätigung fernhalten und nach der Reichensteier das österreichische Bundesgebiet wieder verlassen.

Schwere Ausschreitungen in Srinagar.

In Srinagar (Britisch-Indien). Hier ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen, die von Mohammedanern veranlaßt wurden. Insgesamt wurden dabei 90 Bedienstete der Regierung verletzt, darunter einige höhere Beamte, deren Verwundungen jedoch äußerst leichter Natur sind. Vier Polizeibeamte erlitten schwere Verletzungen. Bei einem Angriff von Mohammedanern auf eine Villawache gab sich diese gezwungen, Feuer zu geben, wobei vier Angreifer getötet und sechs verletzt wurden. Die Behörden sind Herr der Lage.

Zum Kochen von Gemüsen

Der Tod auf Hohenfried.

Roman von Kurt Martin.

6. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Frau Gerdahlen vermittelte.

Natürlich hoffen wir, durch Sie Dinge entdeckt zu sehen, die Alberts Schuldlosigkeit beweisen; aber du dorfst deshalb Herrn Jobst nicht verwehren, das zu tun, was er für nötig hält, Sigrit!

Das junge Mädchen zuckte mit den Achseln.

„Er kann ja tun, was er will! — Vielleicht will er einen neuen Schußbeweis für Albert suchen.“

„Aber Sigrit!“

Mag Jobst lächelte zufrieden.

„Ich suche Tatbeweise, Fräulein Gundborg! Wenn ich damit belost sein muß, das hat mir vollkommen gleichgültig zu sein. Mein Weg ist mir streng vorgesehen. Ich will Beweise finden, die auf den Mörder Ihres Onkels schließen lassen. — Ich kann da nicht sagen: Von dieser und jener Person müßte ich nichts finden! Ich —“

Sigrit erhob abwehrend die Hand.

„Bitte! Handeln Sie ruhig, wie Sie handeln zu müssen glauben! Aber ich meine, Sie sollten offenlegendere Dinge verfolgen.“

„Offenlegendere Dinge?“

Mag Jobst sah sie überrascht an.

Auch Egon Gerdahlen fragte.

„Wie meint Du das, Sigrit?“

„Nun, z. B. würde ich den Spuren dieses Bruno Bauer nachgehen.“

Bruno Bauer?“

Frau Gerdahlen staunte.

„Aber was hat denn dieser Mensch mit der Ermordung Onkel Joachims zu tun? Bruno Bauer hat seinen Onkel Otto Müller ermordet. Aber sonst?“

„Vielleicht ist er auch der Mörder Onkel Joachims!“

„Er?“

Egon Gerdahlen lächelte leise.

„Das ist aber schon eine gewagte Hypothese, Sigrit. Ich wäre froh, wenn jener Mensch auch diesen Mord begangen hätte. Dann wäre ja Albert folglich bestreit. — Über fehlt einmal an, es besteht doch so gar kein Zusammenhang zwischen beiden Verbrechen.“

MAGGI's Fleischbrühe



Vielleicht doch!

Mag Jobst fragte eifrig.

„Und welchen Zusammenhang meinen Sie?“

„Sie fährt ihm fühl, abweilend an.“

„Das sollten Sie feststellen. Sie sind doch Detektiv.“

Frau Gerdahlen fragte:

„Ja, aber du mußt doch durch irgend etwas zu dieser Schlussfolgerung angeregt worden sein, Sigrit. Willst du uns darüber garnicht sagen? Gab es irgendwie Ursache, die dich auf diesen Gedanken brachte?“

„So und nein, Tante. — Mir kam es zunächst auch unmöglich vor, diese beiden Verbrechen miteinander zu verbinden, aber schließlich sage ich mir jetzt immer öfters, daß der Herr Kriminalinspektor Stein vielleicht nicht so unrecht haben kann.“

„Der Herr Kriminalinspektor?“

„Sie sagten es alle drei.“

„Ja, Herr Kriminalinspektor Stein, der den Mord an Otto festgestellt hat.“

Mag Jobst runzelte die Stirn.

„Ach, Stein! — Na, der hat sich schon oft genug gezeigt!“

Egon Gerdahlen staunte immer noch.

„Aber wann hat er denn mit dir gesprochen, Sigrit?“

„Ich war gestern bei ihm.“

„Du warst bei ihm?“

„Ja.“

Frau Gerdahlen schien erregt.

„Ja, und uns hast du bis heute morgen nichts davon gesagt!“ Wirklich, das finde ich sehr wenig rücksichtsvoll von dir, Sigrit! Ich denke doch, wir kämpfen hier Hand in Hand um Alberts Unschuld. Ich habe jetzt sogar einen Detektiv herausbestellt, weil mir die Kriminalpolizei zu lässig arbeitet. — Und du handelst hinter unseren Rücken. — Das verstehe ich nun wahrscheinlich nicht!“

„Ich habe ja gar nicht gehandelt.“

„Na, ich denke doch.“

„Ich war nur bei ihm und bat ihn, sich Alberts anzunehmen.“

Egon Gerdahlen seufzte.

„Da hast du eine Dummheit gemacht, Sigrit!“

„Wieso?“

„Du weißt doch, wir wissen es alle, daß das Gericht unbedingt an Alberts Schuld glaubt. Also wird auch dieser Kriminalinspektor nicht anders denken! — Nun warst du

bei ihm und hast ihn vielleicht gebeten und gebeten, und es wird sich jetzt sagen: Die kommt nur, weil sie Albert Gerhahlen für schuldig hält, und die Angst treibt sie zu mir! — Das hättest du wirklich nicht tun sollen!“

Mag Jobst pflichtete ihm bei.

„Sehr richtig! Wenn Kriminalinspektor Stein sich des Angeklagten Herrn Gerdahlen annehmen soll, dann wird kaum etwas Rechtes dabei herauskommen. Der tut ihn höchstens noch tiefer ins Verderben. Kriminalinspektor Stein ist rücksichtslos. Der kennt kein Erbarmen! Und überhaupt, — er blieb bestellt drein — , dann kann ich ja meine Aufgabe hier auf Hohenfried als beendet ansehen — und gehen!“

Frau Gerdahlen bat.

„Über Herr Jobst, Sie werden Ihre Tätigkeit hier doch nicht einstellen! — Siehst du, Sigrit, das hast du angesicht!“

Das junge Mädchen lämpfte mit Tränen.

„Na ja, Sigrit, ist kann dich selbstverständlich verstehen. Wir sind hier auf Hohenfried jetzt eben alle sehr nervös geworden. — Aber nicht wahr, du sprichst dich von jetzt an stets erst mit uns aus, ehe du wieder jöch einen Schritt unternimmst.“

Ja, Tante.“

Mag Jobst knurrte verdrießlich.

„Ich möchte doch aber auch von Fräulein Gundborg hören, ob ich an meiner weiteren Tätigkeit hier gelegen ist.“

Sigrit seufzte.

„Mir ist ja alles recht. Wenn Sie nur wirklich Erfolg hätten!“

„Erfolg? Den werde ich schon haben. Da verlassen Sie sich darauf!“

„Wir wollen es hoffen! — Tante, ich will ein wenig in den Park gehen.“

Frau Gerdahlen nickte ihr wieder freundlich zu.

„Ja, geh, Sigrit, und verschaffe, ruhiger zu werden!“

Naßellte das junge Mädchen aus dem Zimmer.

Erst als der tiefe Schatten der hohen Bäume des Hohenfrieds Park sie umgab, atmete Sigrit auf.

Nur allein sein! — Denken dürfen, denken und immer wieder denken! — Wege suchen, Hilfe suchen! — Hattie Sie wirklich falsch gehandelt, als Sie bei dem Kriminalinspektor war? — O, er war wohl schroff. Gnade gab es bei dem

Kunstfunk-Programm.

Freitag, den 25. September.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

6.30: Kunst-Gymnastik. — Anschließend: Frühstück. — 9.00: Schulfunk: Die Hirsche schreien. Mit dem Mikrofon am Hirschzwingen des Berliner Zoo. — 12.30: Wetterberichtungen für den Landkreis. — 14.00: Aus deutscher Opern (Schallplatten). — 15.20: Nachwuchsspieler im Frauenberuf. — 15.40: Unsere Fernsehfarben, eine Betrachtung über den Fernsprech-Weltverkehr. — 16.05: Internationaler Leichtathletik-Kundsbild 1931. — 16.30: Radios-Vorträge. Charlotte Kollmitz. — 17.00: Alfred Schmidt-Rothe (Neue Dichtungen). — 17.25: Jugendstunde: Clavichord und Cembalo. — 17.45: Das neue Buch. Ricardo Huich: Deutsche Tradition. — 17.55: Kubo und die Weltwirtschaftskrise. — 18.15: Möglichkeiten einer deutsch-französischen Verständigung. — 18.40: Aus dem Hotel Kaiserhof: Unterhaltungsmusik. Kapelle Giga Roman. — 19.00: Aus dem Apollo-Theater, Rathenow: Chorgelänge. Volkschor "Vormärts". Rathenow. — 19.30: Woran man spricht. — 20.00: Aus der Singakademie: Sinfoniekonzert. Berliner Kunst-Orchester. — Während der Pause, um 21.00: Tages- und Sportnachrichten. — 22.00: Politische Zeitungsschau. — 22.20: Zeitungsjeugd usw. — Danach: Überunterhaltung. Dag Gutmann (Tenor). Am Flügel: Oscar Wappenschnmidt. Notstandssorchester Berlin-Mitte.

Königswusterhausen.

5.45: Zeitungsjeugd und Wetterbericht. — 6.30: Kunst-Gymnastik. — 6.45: Wetterbericht. — 9.00: Berliner Schulfunk: Die Hirsche schreien. Mit dem Mikrofon am Hirschzwingen des Berliner Zoo. — 10.10: Schulfunk: Erlebnisse auf der letzten Fahrt des Zeppelin von Friedrichshafen nach Süddamerit und zurück. — 10.35: Neueste Nachrichten. — 12.00: Wetterbericht. — Anschließend: Schallplattenkonzert. — Anschließend: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplattentondert. — 15.00: Jungmädchenstunde: Jugend hilft der Jugend. — 15.30: Wetter- und Börsenberichte. — 15.40: Jugendstunde: Reisen und Abenteuer. Erlebnisse mit Schlangen. — 16.00: Pädagogischer Funf: Himmelsfunde mit einfachsten Mitteln. — 16.30: Aus Leipzig: Nachmittagskonzert. — 17.30: Heimspiel, die der Körper selbst erzeugt. — 18.00: Volkswirtschaftsfunk: Der Arbeitsmarkt in der Krise. — 18.30: Entwicklung des geometrischen Denkens. — 18.55: Wetterbericht für die Landwirtschaft. — 19.00: Wissenschaftlicher Vortrag für Tierärzte. — 19.30: Die Welt des Arbeiters. Organisation: Die Bedeutung der Gewerkschaften für Volk und Staat. — 19.55: Wetterbericht. — 20.00—21.10: Berliner Programm. — 21.10: Aus Breslau: Uraufführung: "Ein Leben in Berlin", eine Dichtung für Musiz von Anton Schnad. Musik von Hans Zielowitz. — Anschließend: Berliner Programm.

Bermichtes.

Neuschnee in der Tatra. Infolge starken Temperaturfalls ist im Tatragebirge Neuschnee gefallen. Zu dem dreitägigen Raubmord in Dortmund. Aus den bisher in der Dortmunder Raubmordaffäre vorgenommenen Beugenaussagen ergibt sich, daß die Witwe Dörr nicht in der Wohnung weile, während ihre Tochter und deren Mann niebergemacht wurden. Sie soll gegen 19 Uhr nach Hause gekommen sein, aber auf mehrfaches Klingeln keinen Einlaß erhalten haben. Erst als sie mit einem Schlüssel an die Scheibe der Flußtür geklopft habe, habe sie Einlaß erhalten. Im gleichen Augenblick muß sie von dem Täter ergriffen und getötet worden sein. Die dem Chemnitzer Mojer um den Hals gelegte Radioschnur soll anscheinend einen Selbstmord vorstelten. Die Leichen und der Fußboden waren mit Blut bestreut, auch waren in der ganzen Wohnung Essig und alkoholische Getränke ausgegossen. Hinlänglich der Täterschaft ist anzunehmen, daß nur jemand die Tat ausgeführt haben kann, der die Verhältnisse der Familie Mojer genau kennt.

85 Civiliiken von einer militärischen Straferkundition in Mexiko erhängt. Nach einer Wiedergabe aus Merito (Stadt) verübte eine Abteilung mexikanischer Soldaten in Villa Guerrero im Staate Tabasco eine durchbare Gewalttat. Die Bewohner des Ortes hatten ihren Bürgermeister erschlagen, weil dieser ein Mädchen vergewaltigt hatte, das an den Folgen des Verbrechens gestorben war. Der Gouverneur entlandete daraufhin Truppen zu einer Straferkundition, bei deren Rahmen die Dorfbewohner flüchteten. Die Soldaten holten die Dorfbewohner ein und töteten 85 von ihnen an den Bäumen der Landstraße auf, obwohl der Gouverneur Schutz für Leib und Leben angeboten hatte.

Sonderbarer Vortrag im Hamburger Hafen. Die Polizei beschäftigt sich mit der Aufklärung

nicht. — Aber sie suchte doch auch keine Gnade! Sie brauchte doch gar keine Gnade! — Nur Albert sollte er befreien! — Und wenn sie sich selbst opfern müste — alles, alles, — nur Albert erlösen! —

Sie hörte Schritte hinter sich. — Dort kam Egon.

Keine Ruhe! — Was wollte er von ihr? —

Egon Gerdahlen hatte sie erreicht.

Sie darf dir doch ein wenig Beleidigung leisten, Sigrit!

Gewiß Egon. Aber ich habe Kopfschmerzen. Ich —

Du solltest fort von hier, Sigrit! — Bitte, versteh mich nicht falsch! — Ich meine, auf ein paar Monate solltest du von hier fortgehen. Die Ereignisse hier haben dich durchdrungen. Ich habe große Sorge um dich. — Wenn du jetzt für ein paar Monate in die Schweiz gingest oder nach Italien? — Freilich, wenn du solange allein bist, unter ganz fremden Menschen — das ist auch nichts. — Wenn ich dich doch begleiten dürfte! — Wir zwei —

Aber ich will ja gar nicht fort.

Du bist das deiner Gesundheit schuldig.

Rein, ich geh nicht fort von hier. — Seht nicht.

Und doch solltest du gerade jetzt gehen! — Sei verkehrt, hier wird alles getan, was zu tun ist!

Er blieb stehen und sah nach ihren Händen.

Sigrit, du weißt, daß ich dich liebel — Werde mein Weib! Läß uns beide auf ein paar Monate von hier fortgehen! Die Verwaltung der Güter hier liegt in treuen Händen. Herr Finkemann besitzt mein volles Vertrauen. — Ich kann also fort. — Wir gehen weit weg, ich zeige dir viel Schönes und Neues, und du wirst dabei das Schöne hier vergessen.

Sie sah ihn groß an.

Und Albert?

Albert — ja, wir können ihm ja doch nicht helfen. Und wenn wir noch so sehr an seine Unschuld glauben — was können wir dann tun? — Meine Mutter hat nun das Beste versucht, sie hat einen Detektiv hierher genommen, daß er den Fall nochmals von Anfang an durchgeht. Wenn der nichts anderes findet, dann — dann, ja, man spricht das Wort nicht gern aus — aber dann ist Albert doch wohl schuldig. — Dente an die Beweise! — Und wenn wir Albert noch so sehr verteidigen, — die Beweise können wir nicht aus der Welt schaffen! —

20. Ziehung 5. Klasse 199. Sach. Landeslotterie

Ziehung am 28. September 1931.

(Drei Sätze.) 1000 Nummern, diese müssen keine Gemeinschaftszahl sein, sind mit 300 Wert ausgezogen.

40000 bei Nr. 37580 bei Nr. Wilhelm Schäfer, Leipzig.
50000 auf Nr. 6429 bei Nr. Martin Koenig, Leipzig.
50000 auf Nr. 34280 bei Nr. Hermann Koenig, Dresden und bei Nr. Emil Baende, Dresden.
50000 auf Nr. 100559 bei Nr. G. Kammerlingh & Co., Leipzig.

9088 768 385 801 0000 658 268 1965 088 220 681 815 (1000)

268 (1000) 451 409 179 538 458 000 974 828 2607 217 280 458

768 3108 221 089 017 646 041 045 (1000) 751 828 2607 217 280 458

4202 081 530 716 822 198 560 860 516 (1000) 659 215 828 2607 217 280 458

554 (1000) 293 495 600 000 482 194 542 155 868 657 436 106

548 492 513 429 (1000) 813 575 854 558 094 790 066 078 817 186

419 615 658 (1000) 530 406 745 188 707 705 195 185 (1000) 042 307 790

827 (1000) 050 161 (1000) 500 708 289 457 968 867 (1000) 490 500 894

538 799 658 345 497 418 152 (1000) 969 333 054 278 (1000) 105 198

052 971 173 (1000) 049 426 744 510 826 881 017 1064 921 390 180

028 080 972 374 445 094 (1000) 510 586 113 114 221 (1000) 598 811

834 428 752 475 585 408 (1000) 747 485 689 418 696 492 12892

862 829 439 828 058 965 146 568 381 (1000) 241 428 752 475 585

155 (1000) 485 598 965 146 568 381 (1000) 241 428 752 475 585

1584 206 (1000) 974 718 521 416 004 417 297 078 380 778 (1000)

944 217 127 335 007 084 524 657 1000 443 555 899 18886 258 755

887 (1000) 500 315 888 510 000 2000 326 555 366 18081 725 (1000) 850

444 631 819 929 359 379 979 101 585 453 892 746 885 29205 948

747 (500) 528 (1000) 070 259 739 910 108 (500) 500 518 075 151 963

924 152 311 448 441 (1000) 488 (1000) 291 154 426 403 598 22916 056

961 258 632 651 155 854 048 468 (1000) 730 240 808 317 1000 017 866

23883 727 230 220 108 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

119 573 067 149 198 068 720 000 437 588 668 (1000) 390

Welt vom Tag in Bild und Wort.



Belgischer Ministerbesuch in Essen.
Der belgische Verkehrsminister Vacker (rechts) und der Chef der belgischen Luftfahrtabteilung Jules Smeyers (Mitte) trafen zu einem Besuch auf dem Flughafen Essen-Wülfrath ein. Beigeordneter Meurer (links) hieß sie im Namen der Stadt Essen willkommen.



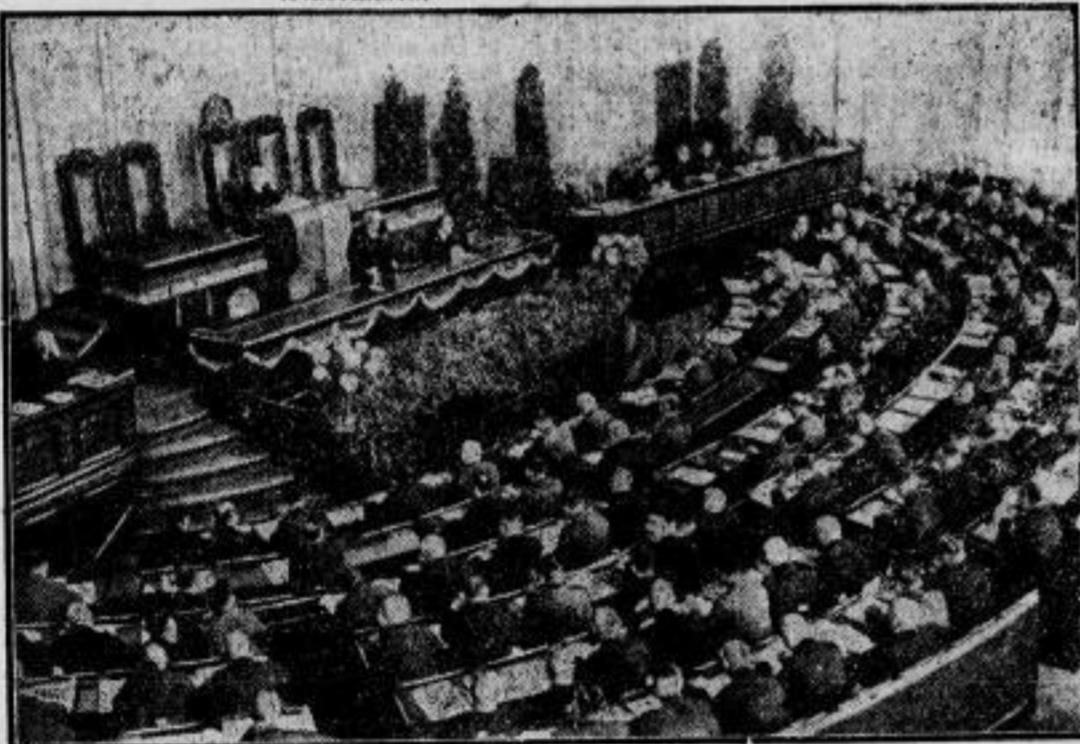
Professor Dr. A. Nadler.
Er wird Laval und Briand begleiten.
Staatssekretär Berthelot vom französischen Außenministerium wird die Minister Laval und Briand auf ihrem Besuch in Berlin begleiten.



Professor Dr. A. Nadler.
der die Albertus-Universität in Königsberg verlässt, um einem Auf nach Wien zu folgen, hat die Kant-Plakette verliehen bekommen. Diese Plakette wurde 1924 zur Feier von Kants 200. Geburtstag und des Stadtjubiläums gestiftet, um hervorragende Verdienste um die Stadt Königsberg auszuzeichnen.



Chaplin bei Indiens Freiheitsheld.
Ein seltsamer Zufall hat den bekannten Filmstar und den indischen Freiheitsapostel Mahatma Gandhi in London zusammengeführt, und es gelang dem Photographen, beide nebeneinander im Gespräch zu überraschen.



Verbandsitag der Post- und Telegraphenbeamten.
Im Reichswirtschaftsministerium in Berlin fand die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Post- und Telegraphenbeamten statt. Für den Deutschen Beamtenbund sprach der Bundesvorsitzende Kügel. (Auf unserem Bild auf der Rednertribüne.)



Mobilisierung gegen Wintersonnnot.
Hunderttausende sind im bevorstehenden Winter von schwerster Not bedroht, wenn es nicht gelingt, die Hilfe des Staates durch private Hilfe zu ergänzen. Deshalb haben sich überall Organisationen gebildet, um die private Hilfe für den Winter zu mobilisieren. Unsere Aufnahme zeigt Propagandawagen der Winterhilfe in den Straßen Berlins.



Chiangkaischek droht mit Entscheidungskampf.
In China sieht man der Entwicklung der Lage im Fernen Osten mit großer Besorgnis entgegen. Der angeblich zurückgetretene Präsident der Nanjingregierung, Chiangkaischek, erklärte, er werde nötigenfalls selbst die Armee zum Entscheidungskampf gegen Japan führen.



Bild links.
Chinesisch-japanischer Krieg in Berlin.
Die großen Ereignisse im Fernen Osten werfen ihre Schatten bis nach Deutschland: Am Eingang eines chinesischen Restaurants in Berlin hängt eine Tafel mit der Aufschrift: Japaner wird hier nicht bedient.



Berichte mit dem freiwilligen Arbeitsdienst.

In der Notverordnung der Reichsregierung vom 8. Aug. wurde für die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes eine Million Mark zur Verfügung gestellt. In der Gegend von Bautzen werden die ersten Berichte mit dem freiwilligen Arbeitsdienst gemacht. Die Freiwilligen sind junge Arbeitslose, die das beschäftigungs-

lose Subsistenzlohn nicht länger aushielten und nun froh sind, Arbeit zu haben, auch wenn sie nur gering bezahlt wird. Über 5000 Meldungen sind bei der Leitung des Arbeitsdienstes eingegangen, nur ein Bruchteil konnte berücksichtigt werden. Wir leben die jungen Leute mit fröhlichem Gesang auf dem Altmarsch zur Arbeit (links oben), bei der Regulierung des Albrechtsbaches (links unten) und bei der Ausgabe des Essens (rechts).



Jugendherberge in Alt-Ruppin.
Der Gau Brandenburg des Reichsverbandes für deutsche Jugendherbergen hat anlässlich seines diesjährigen Gauherbsttages eine neue Jugendherberge in Alt-Ruppin eingeweiht. Der Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Sahm, vollzog als Vorsitzender des Gaues die Taufe auf den Namen „Theodor Fontane“. Die wanderfreude Jugend führte bei der Feier Volksfeste auf.

Kongress der 150000 Postbeamten

Berlin, 24. September.

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der rund 150 000 deutsche Postbeamte umfaßt, begann am Mittwoch in Berlin seinen Verbandstag. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Flügel, kritisierte stark die überstürzte Nationalisierung und die starre Preispolitik der Wirtschaft. Wenn der Beamtenbund nicht alles Unrecht an den Beamten habe verhindern können, so sei das darauf zurückzuführen, daß das Parlament sich selbst ausgeschieden habe.

In seinem Tätigkeitsbericht trat der Vorsitzende des Verbandes, Augler, für eine Verbesserung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse ein; er wandte sich gegen die Zurückdrängung des Berufsbeamtenments in der Postverwaltung und forderte die 48-Stunden-Woche.

In der ausführlichen Aussprache wurden besonders stark die Wünsche der unteren und mittleren Bevölkerungsgruppen vorgebracht. Auch wurde die Anrufung des Staatsgerichtshofs wegen der Verlegung wohlerworbener Rechte der Beamten verlangt. Darauf erwiderte der Bundesvorsitzende Flügel, der Deutsche Beamtenbund werde durch Prozesse feststellen lassen, was eigentlich wohlerworbene Rechte seien.

Bühnenvolksbund Sachsen.

Am 19. und 20. September hielt der Landesverband Sachsen des Bühnenvolksbundes (Geschäftsstelle: Leipzig C. 1, Dittichring 17) die diesjährige Sitzung seines "Fünfjährigen Beirates" in Chemnitz ab, wo über 30 Vertreter sächsischer Ortsgruppen zusammenkamen, gärtfreudlich aufgenommen von der Ortsgruppe Chemnitz. Nachdem die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen über den Spielplan der letzten und den voraussichtlichen der kommenden Spielzeit berichtet hatten, sprach Dr. Bruno Gots über „die kulturellen Richtlinien des Bühnenvolksbundes“. Er ging aus von den nationalen und christlichen Geistigung als den weltanschaulichen Grundlagen des Bühnenvolksbundes, betonte aber, daß gerade dem deutschen Volksteame von jeher jede Engbertschaft widerstrebt habe. Die „Nationalliteratur“, die der Bühnenvolksbund im besonderen hinblieb auf das Theater vertrete, siehe durchaus nicht etwa im Gegentag zur „Weltliteratur“. Diese erwähnte ja erst aus jener. Seien doch alle Größen der Weltliteratur aus dramatischen Gebiete — heißen sie Aeschylus und Sophokles, Shakespeare, Calderon, Molière oder Goethe, Schiller und Kleist — verwurzelt gewesen mit ihrem Volke. Übergehend zum Christentum, hob der Redner hervor, wie stark selbst noch in unerträglichen Litteratur das christliche Element zu spüren sei. Freilich vereinigte sich hier mit dem christlichen ein anderes Element, das von der „Renaissance“ berührte. Diesem Bunde entsprochen sei eine eigentümliche Vorstellungswelt, die des „Dritten Reiches“. Das tiefliegende Erzeugnis unserer Nationalliteratur, Goethes „Faust“, offenbare, daß der Grundcharakter auch des dritten Reiches religiös sei. Es sei dies aber kein Zutritt, vielmehr entspreche es der schöpferischen Natur des Künstlers, Ehrfurcht zu bauen, „Komm“ zu sein.

Ein tüchtiger Literat wie der jetzt so vielfach verherrlichte Büchner könne zwar sagen: „Das Nichts ist der zu gehärrige Weltgott“. Goethe jedoch antwortete: „In deinem Nichts habe ich das All zu finden“. Doch uns heutzutage der Literatur beherrsche — fuhr der Redner fort —, daß er es wagen dürfe, in seinem „Zeittheater“ alles zu begegnen, was irgendwie aus der Zeit in die Ewigkeit emporragte, beweise, welches Übergewicht bei uns die Zivilisation erlangt habe, seine zugleich aber auch die Notwendigkeit, alles daran zu legen, um die deutsche Kultur vor dem völkligen Untergange zu retten. Ein preußischer König habe einst erklärt, der Staat müsse durch geistige Kräfte erziehen, was er an physischer verloren habe. Im verstärkten Maße gelte dies heute von dem ganzen deutschen Volke. Ohne Sammlung unserer geistigen Kräfte, ohne eine Wiedergeburt der deutschen Seele, werde uns das von allen Seiten heranbrandende Chaos verschlingen. Mit einem Hinweis auf die Sicht des Bühnenvolksbundes, moderne Dichter, die noch ununter Kultur dienen, nach Kräften zu unterstützen, und mit einem weiteren Hinweis auf die Bedeutung der bevorstehenden großen Goethedenksfeier schloß der Redner seine einbrucksvollen Ausführungen.

Die Ortsgruppe Chemnitz bot ihren auswärtigen Gästen den Besuch der Verdichten Oper „Mida“ und als Abschluß der Tagung eine wirkungsvolle Aufführung des Laienspiels „Siebenjöhn“ durch ihre eigene Laienspielgruppe.

Der Verein Sächsische Bollsheilstätten

hielt am 21. September in Dresden unter dem Vorsitz von Reg.-Med.-Rat Dr. Hörmann seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende gab einen lebendigen Bericht über die Tätigkeit des Vereins, der die Heilstätte „Seefrieden“ bei Moritzburg in Sachsen besitzt, die einzige sächsische Heilstätte für Alkoholkrante. In der Berichtszeit ist die Anstalt mit ihren Einrichtungen immer weiter ausgebaut worden, so insbesondere die Bühnenarzt mit etwa 1200 Bühnern, die vor ungefähr zwei Jahren eingerichtet wurde, um Beschäftigungs möglichkeiten für die Kranken zu verschaffen, schließlich aber auch, um den Kranken Anregungen und Freude zu vermitteln. Ferner ist zu nennen die modern eingerichtete Liegehalle, der zwei helle Werkstättendäme sowie einige Zimmer für Erholungsbedürftige angegliedert sind. Trotz der schlechten Wirtschaftslage ist die Heilstätte „Seefrieden“ noch immer gut besetzt, obwohl verschiedene andere Anstalten im Heile ihres Betrieb bereit eingestellt haben. Auch in Zukunft wird „Seefrieden“ in der Lage sein, Alkoholkrante aufzunehmen. Dem Bericht des Vorsitzenden, der zugleich als der leitende Arzt der Anstalt zu Woite kam, schloß sich der Bericht des Haushalters, Direktor E. v. Döhren, an. Auch aus seinen Mitteilungen konnte man entnehmen, daß die Heilstätte „Seefrieden“ eine vorbildliche Tätigkeit entfaltet hat. Nach einer Statistik, die auf den letzten Tinterheilstätten-Konferenz bekannt gegeben wurde, hat „Seefrieden“ beste Erfolge. — Der Bericht über die Jahresabrechnung, der betrüdigend abschloß, wurde von Fabrikbevölkerung Reg.-Med.-Rat Holzegel und Generalsekretär Arthur Uhlemann vorgebracht. Auf Antrag der Redungsbüro Oberzollinspektor Max Holzegel und Generalsekretär Arthur Uhlemann wurde Entlastung erteilt. Die Verhandlung sprach dem Vorsitz den Dank für die geleistete Arbeit aus. — Als 1. Vorsitzender wurde Arthur Uhlemann, Generalsekretär der Sächs. Landeshaupstelle gegen den Alkoholismus, als 1. Schriftführer Reg.-Med.-Rat Dr. Jährl gewählt. — Am 30. Dezember d. J. wird die seige Heilstätte „Seefrieden“ auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken können. Es wurde beschlossen, im Hinblick auf die Rottet von größeren festlichen Veranstaltungen abzuheben. Dagegen ist u. a. geplant, das Mitteilungsblatt der Heilstätte als eine Festnummer auszugekennen, in der die geschichtliche Entwicklung der Heilstätte dargestellt werden soll.

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

Record-Rennung zum Abus-Rennen.

Um den Großen Preis von Berlin am 27. September.

Wenn man im vergangenen Jahre gelaufen hätte, daß eine Zahl von 185 Rennungen einen unüberbietbaren Record darstellte, so steht man beim diesjährigen Rennen kaum der Meldezeit von 232 Fahrern gegenüber. Erstmalia wird in diesem Jahre der Große Preis von Berlin ausfahren. Das Interesse, das auch die Industrie der Veranstaltung entzogen bringt, läßt erhoffen, daß der Große Preis der Stadt Berlin als klassische Veranstaltung der Reichshauptstadt die gleiche große Bedeutung erlangen wird wie die Böllerrennen vor Swinemünde, Kolberg und Wismar.

Die Abus steht bekanntlich Motoren und Rennen, das heißt, die fast zehn Kilometer lange Gerade verlaufen von den Motoren die Dernähe aller Kraft, ohne auch nur eine kurze Atempause zu erhalten. Es ist verständlich, daß selbst das beste Motormaterial der ungeheuren Beanspruchung des etwa 180-Kilometer-Tempos, das in diesem Jahre erreicht werden dürfte, auf die Dauer vieler Stunden nicht gewachsen ist. Aus diesem Grunde und um die Männer durch Verminderung der Anstrengung vorwärts einzuwandern, hat sich der Deutsche Motorradfahrer-Verband diesmal entschlossen, drei Rennen, aber über kürzere Strecken, abzuhalten.

Ein Abwesen der Rennungen der einzelnen Fahrer und Maschinen gegeneinander ist in einem Rennen wie diesem neuartig. Wenn diesmal England, Italien, Holland, Österreich, die Schweiz, Ungarn und Polen ihre besten Vertreter nach Berlin entsenden, so ist dies ein Zeichen dafür, wie hoch das Ausland den sportlichen Wert der Rennen einschätzt.

Hille schlägt Sawall. Am Mittwochabend wurden die letzten Rennen der Saison in Leipzig ausgefahren. Im Preis der Stadt Leipzig in einem Lauf über hundert Kilometer siegte der Leipziger Hille in 1.28,474 Stunden vor Kremer (99,710 Kilometer), Möller (99,580), Thollembeck (98,320) und dem Weltmeister Sawall (98,200). In den ersten dreißig Kilometern gab es einen dauernden Kampf zwischen dem an der Spree liegenden Hille und Sawall.

Anzeigen

für die
Sonnabend-Ausgabe
des
Riesaer Tageblattes

mit Anklängen für Sonntag oder Montag
wolle man sofort abgeben lassen.
Anzeigen-Ablaufnahme und unentgeltliche Hilfe bei
Unterstützung von Anzeigen täglich von früh
8 Uhr ab

**Geschäftsstelle
des Riesaer Tageblattes**
Fernruf Nr. 20.

Die sächsische Steuereinnahmen im August.

Die Steuereinnahmen des Landes Sachsen belaufen sich im August dieses Jahres auf 13,36 Millionen Reichsmark gegen 11,10 im Juli 1931 und 6,91 im August 1930. An Reichsteuern wurden überwiegend im August 1931 an das Land 16,14 (August vorigen Jahres 12,61) Millionen Reichsmark. Die Einnahmen der Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern und der Bezirksverbände an eigenen Steuern betrugen von April bis Juni 1931 insgesamt 31,90 (in der gleichen Zeit des Vorjahrs 46,95, von Januar bis März dieses Jahres 53,18) Millionen Reichsmark. Ihr Anteil am Ertrag der Reichsteuern belief sich von April bis Juni dieses Jahres auf 17,37 Millionen Reichsmark (gegen 26,67 im Vorjahr und 21,47 von Januar bis März dieses Jahres).

Gerichtssaal.

Begen schwerer Amtsunterschlagung beim Postamt 24 vor Gericht.

Der schweren Amtsunterschlagung angeklagt, stand der 1888 in Bütten geborene Obertelegraphenbeamte Edmund Richter vor dem Gemeinsamen Schöffengericht in Dresden. Nach der Anklage hat Richter in den letzten 9 Monaten im Schalterdienst des Postamtes 24 nahe Hauptbahnhof rund 5000 Mark unterschlagen. Seine Verfehlungen verdeckte er dadurch, daß er in die Bücher stets die Summe als Bestand eintrug, die hätte vorhanden sein müssen. Die Verfehlungen wurden aufgedeckt, als Richter in Urlaub ging. Einer seiner Kollegen, mit dem er den Dienst wechselte, war sogar unschuldig in den Verdacht der Täterschaft geraten. Erst bei seiner Festnahme bekannte sich Richter auf dem Kriminalamt zu den Unterschlagungen. Der Angeklagte bezog 400 Mark Gehalt, das für seine dreiflügelige Familie hätte ausreichen müssen. Seine Wettleidenschaft kostete ihn monatlich oft gegen rund 1100 Mark, so daß er sich zuletzt auch am Markenbetrieb seines Kollegen verzerrte.

Der Vertreter der Anklage bezeichnete das Verhalten des Angeklagten als äußerst rassiniert. Seine Frivolidität verbürgte mildernde Umstände und er beantragte eine empfindliche Buchstabenstrafe. Das Gericht verurteilte Richter zu 1½ Jahren Gefängnis und erklärte ihn auf 5 Jahre für unfähig, ein öffentliches Amt zu bekleiden.

Mit der Missgabel erschlagen

Das Schwurgericht Frohburg verurteilte den 27 Jahre alten Obermeister Bojanisty vom Rittergut Reinhardtsgrimma wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis. Er hatte am 10. Juli eine Auseinandersetzung mit dem Meister Krebs, die zu Täterschaften führte. Bojanisty ging mit einer Missgabel auf seinen Gegner los und schlug ihn so wuchtig auf den Kopf, daß Krebs kurz darauf starb. Der Angeklagte war vollkommen gesündigt. Es werden ihm zwei Monate der verbürgten Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

Als Sawall endlich Hille niedergesungen hatte, kam der Weltmeister bei einem Gegenstoß von Hille vom Motor und mußte diesen auswechseln. Dadurch kam Sawall außerordentlich ins Hintertreffen und Hille blieb bis zum Ende des Rennens in Führung. Nach diesem Zwischenfall war das Rennen außerordentlich monoton. Auch wenn Sawall keinen Motordefekt gehabt hätte, hätte er bei den gezeigten schwachen Leistungen keinesfalls eine Rolle spielen können.

Abschluß des Tennis-Kreisturniers 1931.

Schlechte Witterung hatte das Kreis-Tennisturnier der Sächsischen Turnerföderation in Leipzig im Juni nicht vollkommen zum Abschluß kommen lassen. Am kommenden Sonntag wird der Abschluß des Kreisturniers den 2. Turniernommer der Sächsischen Turnerföderation beschließen. Es ist anzuerkennen, daß durch die Opferfreudigkeit der beteiligten Spieler und Spielerinnen, die durch die Kreisturniere und somit der Abschluß geehrt werden würden, die meisten Einzelspieler und Spielerpaare im Rennen, die Anspruch auf Sieg erheben können.

Verchiebung der Olympischen Spiele?

Ein Vorschlag Englands

Eine angelehnte schwedische Tageszeitung bringt die sensationelle Mitteilung, daß das englische Olympische Komitee befürchtige, dem amerikanischen Olympischen Komitee zu verschließen, bis ruhigere Verhältnisse in der Welt eingetreten sind. Vor diesem Schritt wolle England jedoch erst an die übrigen europäischen Länder herantreten, die in gleicher Weise unter der Krise zu leiden haben. In den führenden Sportkreisen Schwedens wird erklärt, daß Schweden sich dieser Aktion anschließen würde, falls die großen Sportnationen England, Frankreich und Deutschland für eine Verschiebung der Olympischen Spiele eintreten.

Sächsischer Arbeitsmarkt

Unaufhaltsam liegen die Zahlen

Dresden, 24. September.

Die Zunahmebewegung der Arbeitssuchenden hat sich in der ersten Septemberhälfte verstärkt. Die Zahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich von Ende August bis Mitte September von 532 887 auf 545 349, also um 12 462 oder 2,3 vom Hundert.

Es ist zu hoffen, daß durch die neue Milderung der Sperrverordnung für den Wohnungsbau wieder eine Anzahl Bauarbeiter Beschäftigung erhalten kann. Während der Berichtszeit lamen jedoch die Entlassungen auf Grund der Augustverordnung über Sperrung der Mietzinsteuerzuschüsse für den Wohnungsbau in starkem Umfang zur Auswirkung. Die Zahl der arbeitsuchenden Bauarbeiter stieg von Ende August bis Mitte September von 46 698 auf 48 219 und die Zahl der arbeitsuchenden Bauhilfsarbeiter von 24 412 auf 24 806.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung erfuhr von Ende August bis Mitte September eine stärkere Zunahme als in der zweiten Augusthälfte, nämlich von 129 210 auf 134 577, also um 5367 oder 4,2 v. H. Dagegen war die Steigerung in der Krisenunterstützung etwas geringer als in der vorhergehenden Berichtszeit und verzögerte sich von 133 407 auf 134 319, also um 0,8 v. H. Vermutlich haben hier die Aussteuerungen eine stärkere Zunahme verhindert.

Zur Kalenderreform.

In der Gesamtversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller vom 18. September erstattete Herr Dr. Rudolf Blochmann, Niel, der in der Kalenderreformbewegung an führender Stelle steht, einen Bericht über die Möglichkeiten einer Kalenderreform und ihre wirtschaftlichen Vorteile. Er erörterte einen Reformvorschlag, der die Einteilung des Jahres in 12 Monate und 4 gleichlange Quartale vorstellt, deren erster Monat 31 Tage, der zweite und dritte Monat je 30 Tage umfassen soll. Der 365. Tag des Jahres soll in der Mitte des Jahres als Mitt.-Jahr-Tag eingekleidet werden; im Schaltjahr soll der Schalttag als letzter Tag das Jahr beschließen.

Der Vorsitz des Kalenders würde einmal darin zu erkennen sein, daß die Wochentage in jedem Jahr immer auf das gleiche Datum fallen und die gegenwärtige Ungleichheit der Monatslängen in nennenswertem Umfang beseitigt wird.

Weiter sieht der Plan eine Festlegung des Österreises unter Berücksichtigung konfessioneller Wünsche vor, die vor allem auch in den Kreisen der Wirtschaft begrüßt werden würden.

Der Reformplan beschränkt sich auf die notwendigsten Änderungen und unterscheidet sich von anderen, insbesondere auch von amerikanischer Seite propagierten Vorschlägen durch seine größere Einfachheit. Eine wichtige Verbesserung würde auch darin zu erkennen sein, daß künftig jeder Monat die gleiche Zahl von Werktagen, nämlich 26, umfaßt.

Gegen den amerikanischen Vorschlag eines 18 Monate-Jahres, deren jeder 4 Wochen umfassen soll, wendete der Vorsitzende ein, daß er erhebliche Schwierigkeiten im industriellen Rechnungswesen, besonders soweit die Monats-, Quartals- und Semestralabschlüsse in Frage kommen, bringen würde. Für die Einführung des Reformvorschlags würde das Jahr 1932 besonders günstig sein.

Der Redner sprach angesichts des wachsenden Interesses an der Frage der Kalenderreform die Hoffnung aus, daß man sich sehr bald die Vorschläge des Weltbundes für Kalenderreform in Niel, Vornienstr. 24, zu eigen machen möchte, der Interessenten Drucksachen zu informatorischen Zwecken gern überläßt.

Der Gesamtvorstand nahm von den Ausführungen des Herrn Dr. Blochmann, in denen vor allen Dingen auch die wirtschaftlichen Vorteile einer Kalenderreform sehr stark in den Vordergrund gestellt wurden, mit großem Interesse Kenntnis.